

Antragsbuch für die  
Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum  
am 13. Dezember 2025

1 **Antrag Nr.: 1**

2 **Betreff:** Mehr Demokratie wagen

3 **Antragsteller\*in:** Kevin Leii, Leonard Hofmann

4 **Adressat:** Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum

5

---

6

7 I.

8 Es wird beantragt, über die folgenden Antragspunkte I. 1. bis 5. getrennt als einzelne  
9 Anträge zu entscheiden, sodass jede arabische Gliederungszahl unter I. als einzelner  
10 Antrag behandelt wird.

11 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

12

13 1.

14 Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt und  
15 geändert werden:

16

17 a)

18 **§ 5a Personenwahlen**

19 (1) <sup>1</sup>Wahlen sowie sonstige Abstimmungen, die Personen für

20 1. eine Delegiertentätigkeit in beliebigen Gremien, unabhängig davon, ob es sich  
21 um höhere Organisationsgremien handelt, oder nicht,

22 2. eine Tätigkeit, welche dem Unterbezirksvorstand ähnliche oder diesen beratende  
23 Aufgaben wahrnimmt,

24 3. eine Tätigkeit, die dazu geeignet ist, die gewählten Person als kooptiertes  
25 Unterbezirksvorstandsmitglied einzusetzen,

26 4. eine Tätigkeit, welche dazu bestimmt ist, als vom Unterbezirksvorstand  
27 unabhängige Stelle aufzutreten, um als Anlaufstelle zu fungieren für solche  
28 Sachen, deren Gegenstand eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der  
29 Sexualität, der Heimat und Herkunft, der Abstammung, der Sprache, der  
30 Religion, des Glaubens, einer Behinderung oder der Hautfarbe ist (Awareness-  
31 Beauftragter), oder

32 5. eine ordentliche Tätigkeit im Unterbezirksvorstand

33 benennen sollen (Personenwahlen), sind durch Wahl auf einer Unterbezirkskonferenz zu  
34 beschließen. <sup>2</sup>Die Selbstverwaltung der Arbeitskreise und der Hochschulgruppe bleibt  
35 unberührt.

36 (2) <sup>1</sup>Ordentliche oder kooptierte Vorstandsmitglieder dürfen eine Tätigkeit nach Absatz 1  
37 Satz 1 Nummer 4 nur dann wahrnehmen, wenn eine andere Person zur Übernahme des  
38 Amtes nicht bereit ist. <sup>2</sup>Der Unterbezirksvorstandsvorsitzende oder Mitglieder einer  
39 Doppelspitze des Unterbezirksvorstandes dürfen eine solche Tätigkeit nicht  
40 wahrnehmen.

41 (3) Wahlberechtigt zur Wahl nach Absatz 1 Satz 1 ist, wer Mitglied der Jusos Bochum ist.

42 (4) <sup>1</sup>Die Wahl erfolgt grundsätzlich geheim, unabhängig von der Anzahl an Kandidaten.  
43 <sup>2</sup>Die Wahl kann durch einstimmigen Beschluss öffentlich erfolgen. <sup>3</sup>Enthaltungen  
44 schaden der Einstimmigkeit eines solchen Beschlusses. <sup>4</sup>Ein solcher Beschluss kann,  
45 wenn durch eine Unterbezirkskonferenz mehrere Personenwahlen durchzuführen sind,  
46 nur für die gesamte Unterbezirkskonferenz ergehen, nicht jedoch für individuelle  
47 Personenwahlen; erfasst die Gesamtheit aller Personenwahlen auf einer  
48 Unterbezirkskonferenz auch solche im Sinne des Satzes 5, so kann der Beschluss der  
49 Aufhebung der Geheimheit nur für alle Personenwahlen außer solche im Sinne des  
50 Satzes 5 ergehen, nicht jedoch für individuelle Personenwahlen. <sup>5</sup>Wahlen zu Tätigkeiten  
51 nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 5 sind stets geheim.

52 (5) <sup>1</sup>Stehen mehr als zwei Kandidaten zur Wahl, so ist gewählt, wer die Mehrheit aller  
53 abgegebenen Stimmen auf sich vereint. <sup>2</sup>Erreicht im ersten Wahlgang keiner der  
54 Kandidaten die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen, so entscheidet eine Stichwahl  
55 zwischen den beiden Kandidaten, welche im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf  
56 sich vereinen konnten. <sup>3</sup>In der Stichwahl ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen  
57 Stimmen auf sich vereint.

58 (6) Stehen ein oder zwei Kandidaten zur Wahl, so ist gewählt, wer die Mehrheit der  
59 abgegebenen Stimmen auf sich vereint.

60 (7) <sup>1</sup>Steht eine Mehrheit von Kandidaten gleichzeitig für eine Mehrzahl von Plätzen der  
61 gleichen Tätigkeit zur Wahl (Listenwahl), so kann jeder Wahlberechtigte mehrere  
62 Stimmen auf einen Kandidaten entfallen lassen, höchstens jedoch so viele auf einen  
63 Kandidaten gleichzeitig, wie Kandidaten insgesamt zu wählen sind. <sup>2</sup>Hierbei darf die  
64 gleiche Summe an Stimmen für einen Kandidaten nicht mehrfach vergeben werden. <sup>3</sup>Die  
65 Möglichkeit, mit "Nein" zu stimmen, bleibt unberührt. <sup>4</sup>Die zur Wahl stehenden  
66 Kandidaten sind der Reihe nach entsprechend der Anzahl der auf sie entfallenden  
67 Stimmen aus dem ersten Wahlgang gewählt. <sup>5</sup>Gewählt ist nur, wer weniger als halb so  
68 viele Nein-Stimmen auf sich vereint, als gültige Wahlzettel abgegeben wurden. <sup>6</sup>Werden  
69 nicht ausreichend Kandidaten gewählt, so wird der Wahlvorgang bei Außerachtlassung  
70 der bereits gewählten Kandidaten wiederholt; die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend.

(8) Für Wahlen von Ämtern gemäß Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, bei welcher eine Verfristung der Nominierung droht, sowie andere Positionen, für welche zwingende Gründe dafür vorliegen, dass eine Entscheidung keinen Aufschub duldet, gilt, dass ab dem dritten Wahlgang gewählt ist, wer mehr Stimmen auf sich vereint, als der andere Kandidat, wenigstens jedoch fünfundzwanzig vom Hundert der abgegebenen Stimmen.

(9) <sup>1</sup>Der Wahlzettel muss die Wahloptionen „Ja“, „Nein“ sowie „Enthaltung“ enthalten. <sup>2</sup>Eine Enthaltung zählt als abgegebene Stimme. <sup>3</sup>Gültig ist ein Wahlzettel, wenn zu jedem Kandidaten eine Wahl abgegeben wurde, dabei jedoch höchstens so viele „Ja“-Stimmen, wie Plätze zu vergeben sind; dieser Satz gilt nicht für Listenwahlen. <sup>4</sup>Ungültige Stimmen gelten nicht als abgegebene Stimmen. <sup>5</sup>Eine Mindestzahl an zu wählenden Kandidaten existiert nicht. <sup>6</sup>Diese Grundsätze finden unabhängig davon Anwendung, ob eine Mehrzahl von Kandidaten antritt, oder nicht.

(10) <sup>1</sup>Das Wahlverfahren ist, wenn nichts anderes bestimmt ist, unverändert bis zum fünften Wahlgang zu wiederholen, wenn kein Kandidat die nötige Mehrheit erreicht. <sup>2</sup>Wahlen gelten nach dem fünften Wahlgang, bei welchem keiner der Kandidaten die nötige Mehrheit auf sich vereinen konnte, als gescheitert; das gleiche gilt in Fällen der Listenwahl, wenn nicht hinreichend Kandidaten die nötige Mehrheit erreichen. <sup>3</sup>Ein Scheitern einer Wahl hat zur Folge, dass der Wahlvorgang erneut durchzuführen ist, was auch die Möglichkeit umfasst, sich zur Wahl aufstellen zu lassen (Wiederholungswahl). <sup>4</sup>Die ordentlichen Fristen gelten für die Wiederholungswahl nicht, sie ist jedoch spätestens vier Wochen nach dem Scheitern der vorhergehenden Wahl durchzuführen. <sup>5</sup>Die Wiederholungswahl ist so durchzuführen, dass jeder auf der Unterbezirkskonferenz anwesende und passiv Wahlberechtigte nach billigem Ermessen die Möglichkeit hatte, sich selbst zur Wiederholungswahl als Kandidat aufstellen zu lassen. <sup>6</sup>Die Möglichkeit, dass eine Wiederholungswahl scheitert, bleibt unberührt.

(11) <sup>1</sup>Eine Kandidatur für eine Personenwahl kann bis zur Eröffnung des entsprechenden Wahlganges erklärt werden. <sup>2</sup>Der Unterbezirksvorstand hat spätestens sieben Tage vor der Unterbezirkskonferenz an alle Jusos Bochum eine Übersicht derjenigen Ämter zu versenden, welche gewählt werden; diese Übersicht umfasst auch eine Erörterung der wesentlichen Eigenschaften der zu wählenden Ämter, insbesondere das inhaltliche Aufgabenfeld, die typischerweise mit der Tätigkeit verbundenen Aufgaben sowie die Art und Häufigkeit der Ausübung (Amtsübersicht). <sup>3</sup>Mit der Abgabe der Amtsübersicht wird die Möglichkeit eröffnet, sich durch formlose Mitteilung gegenüber einem der ordentlichen Unterbezirksvorstandsmitglieder zur Wahl aufstellen zu lassen; Maßgeblicher Zeitpunkt ist der Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung. <sup>4</sup>Die Vorschriften des Satzes 1 und 3 finden auch auf Mitglieder des Unterbezirksvorstandes Anwendung. <sup>5</sup>Ein Mitglied des Unterbezirksvorstandes hat seine Aufstellung zur Wahl fristgerecht durch formlosen Antrag wenigstens einem anderen ordentlichen Mitglied des Unterbezirksvorstandes mitzuteilen.

110

111 b)

112 Die Satzung soll in ihrem Inhalt angepasst werden, soweit dies zur Verwirklichung eines  
113 widerspruchsfreien normativen Gefüges unbedingt erforderlich ist, namentlich eine  
114 Anpassung des § 4 Abs. 8 der Satzung entsprechend der Anl. 1.

115

116 2.

117 Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt werden:

118

119 **§ 5d Verfahrensvorschriften für die Arbeitskreise**

120 (1) <sup>1</sup>Diese Vorschrift findet Anwendung auf die Arbeitskreise der Jusos Bochum. <sup>2</sup>Soweit  
121 diese Vorschrift anderes nicht festlegt, obliegt die nähere Ausgestaltung den  
122 Arbeitskreisen unter entsprechender Anwendung des Absatzes 3.

123 (2) <sup>1</sup>Der Arbeitskreis wählt einen Vorsitzenden, welcher den Arbeitskreis nach außen und  
124 der Partei gegenüber vertritt und die Sitzungen leitet. <sup>2</sup>Gewählt ist, wer mehr Stimmen  
125 als jeder andere Kandidat auf sich vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom  
126 Hundert der Stimmen. <sup>3</sup>Die Wahl ist geheim, wenn nicht durch einstimmigen Beschluss  
127 des Plenums der Wegfall der Geheimheit beschlossen wird. <sup>4</sup>Enthaltungen schaden der  
128 Einstimmigkeit des Beschlusses. <sup>5</sup>Der Vorsitzende bleibt solange im Amte, bis dieser  
129 zurücktritt oder sich ein anderer Kandidat zur Wahl stellt, welcher mehr Stimmen als  
130 jeder andere Kandidat auf sich vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom Hundert.  
131 <sup>6</sup>Stellt sich ein anderer als der amtierende Vorsitzende zur Wahl, so hat dies durch  
132 formlosen Antrag dem amtierenden Vorsitzenden gegenüber zu erfolgen. <sup>7</sup>Der  
133 amtierende Vorsitzende ist in einem solchen Falle verpflichtet, spätestens nach 30  
134 Tagen eine Sitzung einzuberufen, welche zur Durchführung einer Wahl genutzt wird.

135 (3) <sup>1</sup>Entscheidungen in inhaltlichen Sachen haben demokratisch zu ergehen. <sup>2</sup>Sie  
136 werden jedenfalls durch die Gesamtheit derjenigen Mitglieder gefasst, welche in der  
137 entscheidenden Sitzung des Arbeitskreises anwesend sind (Plenum); eine Delegation  
138 auf den Vorsitzenden oder sonstige höhere Organe ist nicht statthaft. <sup>3</sup>Die nähere  
139 Ausgestaltung der Entscheidungsfindungsprozesse obliegt dem Arbeitskreis. <sup>4</sup>Legt  
140 dieser anderes nicht fest, entscheidet nach Aussprache die einfache Mehrheit durch  
141 nicht geheime Wahl; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

142 (4) <sup>1</sup>Entscheidungen in organisatorischen Sachen werden durch das Plenum oder den  
143 Vorsitzenden getroffen. <sup>2</sup>Entscheidet das Plenum, so ist der Vorsitzende durch die  
144 Entscheidung des Plenums gebunden.

145

146

147 3.

148 Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt und  
149 geändert werden:

150

151 a)

152 **§ 4a Beschlussfähige Sitzung**

153 (1) Die beschlussfähige Sitzung dient ausschließlich der Beschlussfassung in Sachen  
154 gemäß § 5c Absatz 1 Satz 1.

155 (2) <sup>1</sup>Die Einberufung der beschlussfähigen Sitzung erfolgt durch den  
156 Unterbezirksvorstand und muss vierundzwanzig Stunden vorher durch Mitteilung an alle  
157 Jusos Bochum erfolgen. <sup>2</sup>Die Mitteilung muss dabei abschließend angeben, was  
158 Gegenstand der zu treffenden Entscheidungen ist.

159 (3) Der Unterbezirksvorstand sitzt der beschlussfähigen Sitzung vor und leitet diese.

160 (4) <sup>1</sup>Einer Geschäftsordnung bedarf es nicht. <sup>2</sup>Eine nähere Regelung des Verfahrens als  
161 die Vorschriften der §§ 4a und 5c dieser Satzung findet nicht statt.

162

163 b)

164 **§ 5c Entscheidungen von besonderer Bedeutung**

165 (1) <sup>1</sup>Entscheidungen, welche

166 1. Fragen über die Leitlinien der betriebenen Politik, was auch personalpolitische  
167 Fragen erfasst,

168 2. das Auftreten auf Vertreterversammlungen, insbesondere auf Parteitag und  
169 höheren Organisationsgremien,

170 3. eine Entschlussfassung über geplante Anträge,

171 4. wesentliche Fragen des Wahlkampfes, insbesondere über das (nicht-)Vertreten  
172 bestimmter Standpunkte sowie das Abweichen von Positionen oder Strategien  
173 der SPD, oder

174 5. öffentlichkeitswirksame Auftritte, welche nach Inhalt oder Form von  
175 vorhergehenden Auftritten erheblich abweichen oder wenn sie zur erheblichen  
176 Beeinflussung politischer Beziehungen geeignet erscheinen

177 zum Gegenstand haben, sind durch eine Unterbezirkskonferenz oder eine  
178 beschlussfähige Sitzung nach Aussprache zu treffen. <sup>2</sup>Der entsprechende Beschluss ist  
179 mit einfacher Mehrheit zu fassen. <sup>3</sup>Die Stimmabgabe erfolgt unter Aufhebung des  
180 Wahlgrundsatzes der Geheimheit der Wahl. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die  
181 Stimme des Unterbezirksvorsitzenden oder dessen Vertreters. <sup>5</sup>Duldet eine  
182 Entscheidung keinen Aufschub, so trifft der Unterbezirksvorstand eine vorläufige  
183 Entscheidung. <sup>6</sup>Eine Entscheidung der Unterbezirkskonferenz oder der beschlussfähigen  
184 Sitzung ist unverzüglich nachzuholen und ab dem Zeitpunkt des Beschlusses bindend.

185 (2) <sup>1</sup>Jedes Mitglied der Jusos Bochum kann formlos gegenüber einem ordentlichen  
186 Mitglied des Unterbezirksvorstandes eine Entscheidung in einer Sache nach Absatz 1  
187 Satz 1 beantragen. <sup>2</sup>Wird ein solcher Antrag gestellt, ist durch den Vorstand eine  
188 Abstimmung in der Sache spätestens eine Woche nach Zugang des Antrages  
189 herbeizuführen, bei Vorliegen eines besonderen Grundes nach spätestens zwei  
190 Wochen.

191 (3) Beschlüsse nach Absatz 1 binden sowohl den Unterbezirksvorstand als auch  
192 Delegierte im Rahmen ihrer Tätigkeit als solche.

193

194 c)

195 Die Satzung soll in ihrem Inhalt angepasst werden, soweit dies zur Verwirklichung eines  
196 widerspruchsfreien normativen Gefüges unbedingt erforderlich ist, namentlich eine  
197 Anpassung des § 3 Abs. 2 der Satzung entsprechend der Anl. 1.

198

199 4.

200 Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt werden:

201

## 202 **§ 5b Personenabwahl**

203 (1) <sup>1</sup>Die Abwahl des Unterbezirksvorstandes oder eines seiner Mitglieder ist nur mit der  
204 Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf einer Unterbezirkskonferenz möglich. <sup>2</sup>Die  
205 Abwahl des Unterbezirksvorstandes ist nur möglich, wenn hierdurch mit Mehrheit der  
206 abgegebenen Stimmen ein neuer Unterbezirksvorstand gewählt ist. <sup>3</sup>Hat der  
207 Unterbezirksvorstand nach Abwahl einzelner Mitglieder weniger als drei Mitglieder, so  
208 kommt dies der Abwahl des gesamten Unterbezirksvorstandes gleich. <sup>4</sup>Die Abwahl eines  
209 Mitglieds des Unterbezirksvorstandes ist ohne Rücksicht drauf möglich, ob der  
210 Unterbezirksvorstand anschließend eine gerade oder ungerade Mitgliederanzahl hat.  
211 <sup>5</sup>Enthaltungen zählen als abgegebene Stimme.

212 (2) <sup>1</sup>Nach der Abwahl des Unterbezirksvorstandes bleibt dieser geschäftsführend im  
213 Amt, bis ein neuer gewählt ist. <sup>2</sup>Die Neuwahl hat, außer in den Fällen des Absatzes 1  
214 Satz 2, auf einer anderen Unterbezirkskonferenz binnen eines Monats stattzufinden.  
215 <sup>3</sup>Der Termin dieser ist durch die Unterbezirkskonferenz zu beschließen.

216 (3) <sup>1</sup>Bei Abwahl oder Rücktritt (Ausscheiden) eines Unterbezirksvorstandsmitgliedes  
217 finden zeitnahe, längstens jedoch nach drei Monaten, Nachwahlen gemäß dieser  
218 Satzung statt. <sup>2</sup>Die Amtszeit des nachgewählten Unterbezirksvorstandsmitgliedes endet  
219 mit dem ordentlichen Ende der Amtsperiode des Unterbezirksvorstandes.

220 (4) <sup>1</sup>Die Absicht, den Unterbezirksvorstand abzuwählen, muss diesem im Falle der  
221 ordentlichen Unterbezirkskonferenz spätestens vierzehn Tage vor der  
222 Unterbezirkskonferenz mitgeteilt werden. <sup>2</sup>Im Falle der außerordentlichen  
223 Unterbezirkskonferenz ist der Unterbezirksvorstand unverzüglich nach Kenntnisnahme  
224 von der Terminierung der Unterbezirkskonferenz über das Abwahlbestreben zu  
225 unterrichten. <sup>3</sup>Der Unterbezirksvorstand hat unverzüglich nach Kenntnisnahme des  
226 Abwahlbestrebens alle Bochumer Jusos über das Abwahlvorhaben in Kenntnis zu setzen  
227 und dafür Sorge zu tragen, dass das Abwahlvorhaben aus der Tagesordnung eindeutig  
228 hervorgeht. <sup>4</sup>Der Unterbezirksvorstand darf die zur Durchführung des Abwahlverfahrens  
229 bestimmte außerordentliche Unterbezirkskonferenz frühestens drei Tage nach  
230 Bekanntmachung der Terminierung einberufen. <sup>5</sup>Satz 4 gilt nicht, wenn der  
231 Unterbezirksvorstand im Zeitpunkt der Bekanntmachung der Terminierung keine  
232 Kenntnis vom Abwahlvorhaben hatte.

233

234 5.

235 Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung dem Folgenden entsprechend  
236 geändert werden:

237

238 Die Satzung soll in ihrer Form angepasst werden, sodass sie der diesem Antrag  
239 entsprechenden Form entspricht. Die angestrebten Anpassungen entsprechen dem  
240 Entwurf in Anl. 1. Eine inhaltliche Veränderung findet hierdurch nicht statt.

241

242 II.

243 **Begründung:**

244 Die Anträge verfolgen das Ziel, dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der  
245 Meinungsbildung von unten nach oben besser Geltung zu verschaffen. Die Jusos  
246 Bochum sind eine Gliederung, welcher regelmäßig eine eher geringe Anzahl an  
247 Mitgliedern in dem Sinne angehört, dass sie sich auch aktiv in den



248 Meinungsbildungsprozess einbringen. Hieraus folgt, dass eine Delegation von  
249 Aufgaben auf ein höheres Organ der Gliederung, namentlich den Vorstand, nur  
250 eingeschränkt zu rechtfertigen ist. Eine Delegation auf ein höheres Organ drängt sich  
251 dann auf, wenn infolge einer großen Zahl an (aktiv mitwirkenden) Mitgliedern die  
252 Wahrnehmung bestimmter Aufgaben durch die Mitgliederversammlung nicht mehr oder  
253 nur stark eingeschränkt möglich ist, sodass die Delegation auf einen kleineren  
254 Personenkreis ein notwendiges Mittel ist, um eine (effektive) Wahrnehmung der dem  
255 Organ übertragenen Aufgaben zu gewährleisten.

256 Bei Anschauung der gegenwärtigen Situation bei den Jusos Bochum scheint es, dass  
257 viele Entscheidungen, welche zurzeit dem Vorstand obliegen, unproblematisch auch  
258 durch die Mitgliederversammlung entschieden werden können. Hieraus folgt, dass eine  
259 Delegation der Aufgaben auf den Vorstand die Umsetzung demokratischer  
260 Meinungsbildung nicht fördert, diese vielmehr begrenzt.

261 Auf Grund dieser Umstände strebt dieser Antrag an, nähere Regelungen über die  
262 Ausübung von Meinungsbildung und schlussendlicher Entscheidungsfindung zu treffen.  
263 Dies hat insbesondere den Zweck, die Entscheidungsgewalt des Vorstandes auch  
264 tatsächlich auf jene Sachbereiche zu beschränken, in welchen sie zur effektiven  
265 Wahrnehmung politischer Interessen geboten erscheint – insbesondere die  
266 Repräsentation der Gliederung sowie verwaltende Tätigkeiten –, andere Tätigkeiten  
267 jedoch im Sinne einer Maximierung an demokratischer Legitimation dort der  
268 Mitgliederversammlung zu überlassen, wo dies angezeigt und möglich erscheint.  
269 Insbesondere soll auch eine bisher herrschende Regelungslücke in der Satzung zu den  
270 hier aufgeworfenen Fragen geschlossen werden. Diese hatte bisher die Folge, dass für  
271 den Großteil der zu treffenden Entscheidungen ein geregeltes Verfahren nicht existierte,  
272 was letztendlich insbesondere zur Schlechterstellung der Basis führte. Ferner wird  
273 bezweckt, eine niederschwellige Möglichkeit zur Partizipation am politischen  
274 Meinungsbildungsprozess zu erreichen und so insbesondere auch solchen Mitgliedern,  
275 welche in den parteipolitischen Strukturen weniger stark verwurzelt sind, die Möglichkeit  
276 zu politischem Gehör zu verschaffen, sodass die Jusos Bochum den Platz in der  
277 Parteienlandschaft einnehmen, welcher den Parteien zugeschrieben wird: das bindende  
278 Glied zwischen Politik und Volk.

279 Dabei lässt sich auch eine fortschreitende Politikverdrossenheit in dem Sinne erkennen,  
280 dass eine Vielzahl an Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck haben, dass sie und ihre  
281 Interessen durch die etablierte Politik weder repräsentiert werden noch sie eine  
282 Möglichkeit zur Einwirkung auf das politische Geschehen haben; dass sich vielmehr  
283 elitäre Kreise herausgebildet haben, welche das politische Geschehen lenken und  
284 andere von Teilnahme bewusst ausschließen, was sich nicht zuletzt in den erhöhten  
285 Wahlergebnissen der AfD niederschlägt. Jene Wahlergebnisse können indessen kaum  
286 noch als eine reine Protestwahl gesehen werden, vielmehr besteht in breiten  
287 Bevölkerungsschichten der Eindruck, dass die AfD die einzige Partei sei, welche kein Teil

288 jener elitären Kreise ist und den Interessen des einfachen Bürgers noch gehör schenkt.  
289 Wenngleich auf der Hand liegt, dass die AfD inhaltlich weit davon entfernt ist, die „Partei  
290 des kleinen Mannes“ zu sein, so lässt sich nicht von der Hand weisen, dass wenigstens  
291 in Teilen der Bevölkerung jener Eindruck besteht. Außerdem können sich die  
292 demokratischen Parteien nicht ernsthaft mit der Feststellung zufrieden geben, dass  
293 jener Umstand allein auf die populistischen Wahlkampfstrategien der AfD  
294 zurückzuführen sei. Vielmehr entlarvt jene Behauptung eine gewisse Ideenlosigkeit,  
295 wenn es dazu kommt, gerade die Bürgerinnen und Bürger derjenigen  
296 Einkommensschichten für sich zu gewinnen, die einst noch das Kern-Klientel  
297 sozialdemokratischer Politik ausmachten. Auch zeigt jene Resignation der AfD  
298 gegenüber, dass in Teilen der demokratischen politischen Landschaft Veränderungen  
299 nicht erwünscht sind, was jedoch geradezu den Eindruck einer elitären Politik (auch und  
300 gerade im linken Spektrum) bestätigt, indem bestehende Machtstrukturen verteidigt  
301 werden.

302 Hier will der Antrag ansetzen, um aufzuzeigen, dass man sich nicht damit zufrieden gibt,  
303 die AfD als nicht-bekämpfbar und ihre Wählerinnen und Wähler als schlechthin  
304 rechtsradikal zu bezeichnen. Es soll durch strukturelle Veränderungen ein erster Schritt  
305 dahin gewagt werden, denjenigen, welche sich durch die demokratischen Parteien nicht  
306 mehr repräsentiert fühlen, die Chance zu geben und aufzuzeigen, dass ihre Anliegen  
307 mehr als nur politisches Kapital zum Machterhalt sind. Nach einer erfolgreichen  
308 Novellierung jener Strukturen wird, das sollte jederzeit bewusst bleiben, der letzte  
309 Schritt noch lange nicht getan sein, sich das Vertrauen der Bürger darein, dass sie Gehör  
310 und Repräsentation in der Sozialdemokratie finden, zurückzuverdienen. Gleichwohl ist  
311 die strukturelle Reform notwendige Grundlage dazu, jene Ziele erreichen zu können. Die  
312 Struktur ist Grundlage jeder Meinungsbildung „nach oben“, definiert gleichwohl aber  
313 auch das Verhältnis „zwischen den Ebenen“. Die gegenwärtige Struktur vermag es dabei  
314 nicht, gerade auf den untersten Gliederungsebenen eine tatsächliche Beziehung  
315 zwischen den untersten und den darüberliegenden Ebenen zu etablieren, sodass auch  
316 hier unmittelbar der Eindruck einer elitären Politik bestätigt wird, welcher nicht zuletzt  
317 seinerseits die Narrative der AfD fördert. Dabei haben auch die jüngsten  
318 Kommunalwahlen gezeigt, dass ein solcher Eindruck auch auf den tieferen  
319 Organisationsebenen besteht. Auch hat die jüngste Vergangenheit gezeigt, dass sich  
320 rechtsradikale Tendenzen nicht dadurch erledigen werden, dass die etablierte Politik  
321 weiter so verfährt, wie bisher. Vielmehr liegt darin die Gefahr, weiterhin den Eindruck zu  
322 bestärken, der einzelne Bürger würde nicht gehört.

323 Dieses Strukturpaket soll das eindeutige Zeichen aussenden: wir haben Euch gehört  
324 und wir wollen uns entsprechend ändern. Dies heißt nicht, sich aus strategischen  
325 Gründen von politische Überzeugungen zu trennen, sondern ernsthaft den  
326 gegenwärtigen Zustand der etablierten Politik zu hinterfragen und entsprechend zu  
327 handeln. Dabei verfolgt dieses Strukturpaket das Ziel, das Gefühl, der einzelne Bürger

328 würde nicht mehr gehört, schlichtweg dadurch zu entkräften, dass genau dies geschieht  
329 und so das Vertrauen in das freiheitlich demokratische System zurückzugewinnen.

330 Wir wollen, um das Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen, wieder mehr  
331 Demokratie wagen.

332

333 1.

334 Zu I. 1.: Personenwahlen sind der wichtigste Mittler zwischen der Basisdemokratie und  
335 höheren Organisationsgremien (insbes. Region, Land und Bund). Sie sind gegenwärtig  
336 die alleinige Möglichkeit der Basis, auf höhergliedrige Meinungsbildung Einfluss zu  
337 nehmen. Dies stellt schlechthin bereits ein Problem dar, welches dadurch aufgelöst  
338 werden soll, dass gem. § 5c Abs. 1 S. 1 Nr. 2 (hierzu unter I. 3.) zunächst auch der Basis  
339 das Recht eingeräumt wird, die Regional-/Landes-/Bundespolitik des Unterbezirkes  
340 unmittelbar zu beeinflussen. Auch außerhalb der Delegiertentätigkeit handelt es sich  
341 um Vertreter der Basis. Gegenwärtige Zustände, wie die Wahl eines Vorstandsmitgliedes  
342 dadurch, dass wenigstens eine Stimme auf den Kandidaten entfällt, werden jener Rolle  
343 nicht gerecht. Um eine Repräsentation zu gewährleisten, welche jene Bezeichnung  
344 verdient, sollen höhere Anforderungen an die Personenwahl gestellt werden.

345

346 2.

347 Zu I. 2.: Die aktuelle Satzung der Jusos Bochum regelt die Verfassung der Arbeitskreise  
348 nicht. Auch die hier angetragene Regelung soll weiterhin eine (gut begründete)  
349 Selbstverwaltung der Arbeitskreise ermöglichen. Gleichwohl soll die Regelung die  
350 demokratischen Mindeststandards der Arbeitsweise der Arbeitskreise sicherstellen und  
351 diesen dabei auch (in Teilen als dispositives Recht) die Möglichkeit dafür geben, sich  
352 nicht mit Verfahrensvorschriften befassen zu müssen und sich vielmehr unmittelbar der  
353 inhaltlichen Arbeit zu widmen.

354

355 3.

356 Zu I. 3.: Die hier angetragenen Vorschriften dienen der Umsetzung einer Stärkung der  
357 basisdemokratischen Entschlussfassung. Gegenwärtig regelt die Satzung lediglich  
358 demokratische Meinungsbildung in Personalfragen. Dass dies einer demokratischen  
359 Meinungsbildung nicht gerecht wird, indem die einzige (durch die Satzung garantierte)  
360 Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Politik der Jusos Bochum die Wahl von  
361 Delegierten/Vorstandsmitgliedern ist, drängt sich geradezu auf. Dabei wird erkannt,  
362 dass eine Stärkung der demokratischen Meinungsbildung auch eine Erhöhung des  
363 Verwaltungsaufwandes bedeutet. Der ASt. ist dabei der Auffassung, dass die  
364 gegenwärtigen Möglichkeiten zur demokratischen Beschlussfassung, welche die

365 Satzung vorsieht (ordentliche und außerordentliche Unterbezirkskonferenz), zur  
366 Umsetzung einer basisdemokratischen Struktur nicht geeignet sind. Hierzu wird ein  
367 neues Organ, die beschlussfähige Sitzung, geschaffen, um demokratische  
368 Meinungsbildung sicherstellen zu können, dabei gleichwohl jedoch einen  
369 verfahrensrechtlichen Rahmen bieten zu können, welcher eine häufige  
370 Beschlussfassung durch jenes Organ gestattet. Hierzu werden Ansprüche an das  
371 Verfahren, wo sie zur Zweckerfüllung nicht nötig sind, im Vergleich zur UBK nicht  
372 gestellt. Um der dadurch verringerten Legitimation gerecht zu werden, wird im Gegenzug  
373 die Kompetenz des Organs im Vergleich zur Unterbezirkskonferenz beschränkt.

374

375 4.

376 Zu I. 4.: Auch im Bereich einer Abwahl des Unterbezirksvorstandes findet sich eine  
377 Regelungslücke in der gegenwärtigen Satzung. Dies stellt nicht nur ein Problem in der  
378 Hinsicht dar, dass durch jene Konzeption das Prinzip der ständigen Kontrolle des  
379 Unterbezirksvorstandes durch den Unterbezirk praktisch aufgehoben ist, indem der  
380 Vorstand während einer Amtsperiode Konsequenzen für sein Handeln nicht zu fürchten  
381 braucht. Auch drängt sich bei demjenigen die Problematik geradezu auf, der erkennt,  
382 dass die Regelungslücke dazu führen kann, dass der Unterbezirksvorstand somit den  
383 tatsächlichen Rückhalt im Unterbezirk vollständig verlieren kann, sodass der  
384 Unterbezirk in eine Handlungsunfähigkeit fällt, der Unterbezirk selbst an diesem  
385 Umstande jedoch nichts zu ändern vermag. Aus diesen Gründen soll die Satzung um  
386 eine entsprechende Regelung ergänzt werden.

387

388 5.

389 Zu I. 5.: Zwecks einer Harmonisierung der Form sowie der Tatsache, dass der ASt. der  
390 Auffassung ist, dass die gegenwärtige Form der Übersichtlichkeit der Satzung schadet,  
391 wird die entsprechende Änderung der Form beantragt.

Anlage zu Antrag 1:

## **Konsolidierter Entwurf: Richtlinien der Bochumer Jungsozialisten in der SPD**

### **§ 1 Grundsätze**

(1) Die Gliederung führt den Namen „Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Unterbezirk Bochum“ (Jusos Bochum).

(2) Der Unterbezirk der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD umfasst das Gebiet der Stadt Bochum.

(3) <sup>1</sup>Die Politik der Jusos Bochum versteht sich als ein Beitrag zum Prozess der innerparteilichen Willensbildung und eigenständiger öffentlicher Werbung für sozialdemokratische Politik. <sup>2</sup>Ihre Grundlage ist das Grundsatzprogramm der SPD sowie die Grundsatzerklärung der Jusos.

### **§ 2 Mitgliedschaft**

(2) <sup>1</sup>Der Arbeitsgemeinschaft der Jusos gehören die Mitglieder der SPD bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres an. <sup>2</sup>Personen, die nicht Mitglieder der SPD sind, können im Alter von 14-35 Jahren bei den Jusos mitarbeiten.

(2) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft bei den Jusos Bochum ist die Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation, oder in einer Organisation deren Mitgliedschaft mit der SPD-Mitgliedschaft unvereinbar ist.

(3) Vertreter der Jusos in Gremien der SPD müssen in jedem Fall Mitglied der SPD sein.

### **§ 3 Gliederungen**

(1) Der Organisationsaufbau der Jusos Bochum entspricht dem der Partei im Bereich des Unterbezirks Bochum.

(2) Organe der Jusos im Unterbezirk Bochum sind

1. die Unterbezirkskonferenz,
2. der Unterbezirksvorstand und
3. die beschlussfähige Sitzung.

(3) die Arbeit von Juso-Gruppen auf Ortsvereinsebene wird nach Möglichkeit unterstützt.

## **§ 4 Unterbezirkskonferenz**

(1) Die Unterbezirkskonferenz ist das oberste Beschlussorgan der Jusos Bochum. Sie findet ordentlich einmal jährlich statt.

(2) Die Unterbezirkskonferenz kommt einer Mitgliederversammlung gleich.

(3) <sup>1</sup>Die Einberufung der ordentlichen Unterbezirkskonferenz erfolgt durch den Unterbezirksvorstand und muss vier Wochen vorher mit Angabe einer vorläufigen Tagesordnung an alle Mitglieder der Gliederung erfolgen. <sup>2</sup>Die Antragsfrist beträgt zehn Tage.

(4) Die ordentliche Unterbezirkskonferenz hat zur Aufgabe

1. die Entgegennahme und Diskussion des Berichtes des Unterbezirksvorstandes,
2. die Entgegennahme und Diskussion des Berichtes über die auf der letzten Unterbezirkskonferenz gefassten Beschlüsse,
3. die Entgegennahme und Diskussion des Berichtes der Arbeitsgemeinschaften,
4. die Wahl des Unterbezirksvorstandes der Jusos Bochum,
5. die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeskongress,
6. die Vorschläge zur Besetzung der Delegation des Landes Nordrhein-Westfalen der Jungsozialisten zum Bundeskongress der Jungsozialisten,
7. die Vorschläge zur Besetzung der Vorstände höherer Organisationsgliederungen und
8. die Beschlussfassung über Anträge.

(5) Eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz hat innerhalb einer Frist von 14 Tagen stattzufinden

1. auf Beschluss der Unterbezirkskonferenz,
2. auf Beschluss des Unterbezirksvorstandes, oder
3. auf Antrag von mindestens fünf Prozent der Bochumer Jusos.

(5a) Anträge zu einer außerordentlichen Unterbezirkskonferenz sind bis zu dem vom Unterbezirksvorstand jeweils festgelegten Termin einzureichen.

(5b) Soll auf einer außerordentlichen Unterbezirkskonferenz die Satzung oder eine satzungsähnliche Richtlinie geändert werden, so gelten die Fristen gemäß Absatz 3.

(6) Antragberechtigt zur Unterbezirkskonferenz sind

1. der Unterbezirksvorstand,
2. die Arbeitsgemeinschaften,
3. die Arbeitskreise, sowie
4. alle Bochumer Jusos.

(7) Aus der Mitte der Unterbezirkskonferenz gestellte Anträge (Initiativanträge) bedürfen zur Zulassung der Unterstützung von mindestens 5 anwesenden Mitgliedern.

(8) Wahlen erfolgen gemäß der Wahlordnung der SPD, soweit diese Satzung etwas anderes nicht festlegt.

(8a) Bei Personalwahlen sind Frauen und Männer mit mindestens 40% Anteil zu berücksichtigen.

(9) <sup>1</sup>Die Unterbezirkskonferenz tagt öffentlich. <sup>2</sup>Auf Beschluss kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

(9a) Zu Beginn jeder Unterbezirkskonferenz werden in je einem Wahlgang

1. ein Tagungspräsidium und
2. eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission

gewählt.

(9b) Die Unterbezirkskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### **§ 4a Beschlussfähige Sitzung**

(1) Die beschlussfähige Sitzung dient ausschließlich der Beschlussfassung in Sachen gemäß § 5c Absatz 1 Satz 1.

(2) <sup>1</sup>Die Einberufung der beschlussfähigen Sitzung erfolgt durch den Unterbezirksvorstand und muss vierundzwanzig Stunden vorher durch Mitteilung an alle Jusos Bochum erfolgen. <sup>2</sup>Die Mitteilung muss dabei abschließend angeben, was Gegenstand der zu treffenden Entscheidungen ist.

(3) Der Unterbezirksvorstand sitzt der beschlussfähigen Sitzung vor und leitet diese.

(4) <sup>1</sup>Einer Geschäftsordnung bedarf es nicht. <sup>2</sup>Eine nähere Regelung des Verfahrens als die Vorschriften der §§ 4a und 5c dieser Satzung findet nicht statt.

#### **§ 5 Der Unterbezirksvorstand**

(1) <sup>1</sup>Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk Bochum der Jungsozialisten in der SPD. <sup>2</sup>Er vertritt den Unterbezirk in Partei und Öffentlichkeit.

(2) <sup>1</sup>Der Unterbezirksvorstand wird für zwei Jahre gewählt. <sup>2</sup>Der amtierende Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt.

(3) Der Unterbezirksvorstand besteht aus

- a) der/dem Vorsitzenden oder der gemischtgeschlechtlichen Doppelspitze, die als Team gewählt wird und
- b) den stellvertretenden Vorsitzenden.

(3a) <sup>1</sup>Die Gesamtzahl der Unterbezirksvorstandsmitglieder muss mindestens drei, maximal neun betragen und ungerade sein. <sup>2</sup>Die Anzahl wird vor den Wahlgängen mit einfacher Mehrheit der anwesenden Konferenzteilnehmer festgelegt.

(3b) Mit beratender Stimme gehören dem Unterbezirksvorstand ferner die im Unterbezirkbereich gemeldeten Vorstands- und Ausschussmitglieder höherer Ebenen an.

(4) <sup>1</sup>Der Unterbezirksvorstand tagt mindestens einmal im Monat. <sup>2</sup>Seine Sitzungen sind verbands- und parteiöffentlich. <sup>3</sup>Auf Beschluss tagt der Unterbezirksvorstand in öffentlicher bzw. nichtöffentlicher Sitzung.

(5) Der Unterbezirksvorstand ist der Unterbezirkskonferenz rechenschaftspflichtig.

## **§ 5a Personenwahlen**

(1) <sup>1</sup>Wahlen sowie sonstige Abstimmungen, die Personen für

6. eine Delegiertentätigkeit in beliebigen Gremien, unabhängig davon, ob es sich um höhere Organisationsgremien handelt, oder nicht,
7. eine Tätigkeit, welche dem Unterbezirksvorstand ähnliche oder diesen beratende Aufgaben wahrnimmt,
8. eine Tätigkeit, die dazu geeignet ist, die gewählten Person als kooptiertes Unterbezirksvorstandsmitglied einzusetzen,
9. eine Tätigkeit, welche dazu bestimmt ist, als vom Unterbezirksvorstand unabhängige Stelle aufzutreten, um als Anlaufstelle zu fungieren für solche Sachen, deren Gegenstand eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Sexualität, der Heimat und Herkunft, der Abstammung, der Sprache, der Religion, des Glaubens, einer Behinderung oder der Hautfarbe ist (Awareness-Beauftragter), oder
10. eine ordentliche Tätigkeit im Unterbezirksvorstand

benennen sollen (Personenwahlen), sind durch Wahl auf einer Unterbezirkskonferenz zu beschließen. <sup>2</sup>Die Selbstverwaltung der Arbeitskreise und der Hochschulgruppe bleibt unberührt.

(2) <sup>1</sup>Ordentliche oder kooptierte Vorstandsmitglieder dürfen eine Tätigkeit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 nur dann wahrnehmen, wenn eine andere Person zur Übernahme des Amtes nicht bereit ist. <sup>2</sup>Der Unterbezirksvorstandsvorsitzende oder Mitglieder einer Doppelspitze des Unterbezirksvorstandes dürfen eine solche Tätigkeit nicht wahrnehmen.

(3) Wahlberechtigt zur Wahl nach Absatz 1 Satz 1 ist, wer Mitglied der Jusos Bochum ist.

(4) <sup>1</sup>Die Wahl erfolgt grundsätzlich geheim, unabhängig von der Anzahl an Kandidaten. <sup>2</sup>Die Wahl kann durch einstimmigen Beschluss öffentlich erfolgen. <sup>3</sup>Enthaltungen



schaden der Einstimmigkeit eines solchen Beschlusses. <sup>4</sup>Ein solcher Beschluss kann, wenn durch eine Unterbezirkskonferenz mehrere Personenwahlen durchzuführen sind, nur für die gesamte Unterbezirkskonferenz ergehen, nicht jedoch für individuelle Personenwahlen; erfasst die Gesamtheit aller Personenwahlen auf einer Unterbezirkskonferenz auch solche im Sinne des Satzes 5, so kann der Beschluss der Aufhebung der Geheimheit nur für alle Personenwahlen außer solche im Sinne des Satzes 5 ergehen, nicht jedoch für individuelle Personenwahlen. <sup>5</sup>Wahlen zu Tätigkeiten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 5 sind stets geheim.

(5) <sup>1</sup>Stehen mehr als zwei Kandidaten zur Wahl, so ist gewählt, wer die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereint. <sup>2</sup>Erreicht im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen, so entscheidet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, welche im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinen konnten. <sup>3</sup>In der Stichwahl ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint.

(6) Stehen ein oder zwei Kandidaten zur Wahl, so ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint.

(7) <sup>1</sup>Steht eine Mehrheit von Kandidaten gleichzeitig für eine Mehrzahl von Plätzen der gleichen Tätigkeit zur Wahl (Listenwahl), so kann jeder Wahlberechtigte mehrere Stimmen auf einen Kandidaten entfallen lassen, höchstens jedoch so viele auf einen Kandidaten gleichzeitig, wie Kandidaten insgesamt zu wählen sind. <sup>2</sup>Hierbei darf die gleiche Summe an Stimmen für einen Kandidaten nicht mehrfach vergeben werden. <sup>3</sup>Die Möglichkeit, mit „Nein“ zu stimmen, bleibt unberührt. <sup>4</sup>Die zur Wahl stehenden Kandidaten sind der Reihe nach entsprechend der Anzahl der auf sie entfallenden Stimmen aus dem ersten Wahlgang gewählt. <sup>5</sup>Gewählt ist nur, wer weniger als halb so viele Nein-Stimmen auf sich vereint, als gültige Wahlzettel abgegeben wurden. <sup>6</sup>Werden nicht ausreichend Kandidaten gewählt, so wird der Wahlvorgang bei Außerachtlassung der bereits gewählten Kandidaten wiederholt; die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend.

(8) Für Wahlen von Ämtern gemäß Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, bei welcher eine Verfristung der Nominierung droht, sowie andere Positionen, für welche zwingende Gründe dafür vorliegen, dass eine Entscheidung keinen Aufschub duldet, gilt, dass ab dem dritten Wahlgang gewählt ist, wer mehr Stimmen auf sich vereint, als der andere Kandidat, wenigstens jedoch fünfundzwanzig vom Hundert der abgegebenen Stimmen.

(9) <sup>1</sup>Der Wahlzettel muss die Wahloptionen „Ja“, „Nein“ sowie „Enthaltung“ enthalten. <sup>2</sup>Eine Enthaltung zählt als abgegebene Stimme. <sup>3</sup>Gültig ist ein Wahlzettel, wenn zu jedem Kandidaten eine Wahl abgegeben wurde, dabei jedoch höchstens so viele „Ja“-Stimmen, wie Plätze zu vergeben sind; dieser Satz gilt nicht für Listenwahlen. <sup>4</sup>Ungültige Stimmen gelten nicht als abgegebene Stimmen. <sup>5</sup>Eine Mindestzahl an zu wählenden Kandidaten existiert nicht. <sup>6</sup>Diese Grundsätze finden unabhängig davon Anwendung, ob eine Mehrzahl von Kandidaten antritt, oder nicht.

(10) <sup>1</sup>Das Wahlverfahren ist, wenn nichts anderes bestimmt ist, unverändert bis zum fünften Wahlgang zu wiederholen, wenn kein Kandidat die nötige Mehrheit erreicht. <sup>2</sup>Wahlen gelten nach dem fünften Wahlgang, bei welchem keiner der Kandidaten die nötige Mehrheit auf sich vereinen konnte, als gescheitert; das gleiche gilt in Fällen der Listenwahl, wenn nicht hinreichend Kandidaten die nötige Mehrheit erreichen. <sup>3</sup>Ein Scheitern einer Wahl hat zur Folge, dass der Wahlvorgang erneut durchzuführen ist, was auch die Möglichkeit umfasst, sich zur Wahl aufstellen zu lassen (Wiederholungswahl). <sup>4</sup>Die ordentlichen Fristen gelten für die Wiederholungswahl nicht, sie ist jedoch spätestens vier Wochen nach dem Scheitern der vorhergehenden Wahl durchzuführen. <sup>5</sup>Die Wiederholungswahl ist so durchzuführen, dass jeder auf der Unterbezirkskonferenz anwesende und passiv Wahlberechtigte nach billigem Ermessen die Möglichkeit hatte, sich selbst zur Wiederholungswahl als Kandidat aufstellen zu lassen. <sup>6</sup>Die Möglichkeit, dass eine Wiederholungswahl scheitert, bleibt unberührt.

(11) <sup>1</sup>Eine Kandidatur für eine Personenwahl kann bis zur Eröffnung des entsprechenden Wahlganges erklärt werden. <sup>2</sup>Der Unterbezirksvorstand hat spätestens sieben Tage vor der Unterbezirkskonferenz an alle Jusos Bochum eine Übersicht derjenigen Ämter zu versenden, welche gewählt werden; diese Übersicht umfasst auch eine Erörterung der wesentlichen Eigenschaften der zu wählenden Ämter, insbesondere das inhaltliche Aufgabenfeld, die typischerweise mit der Tätigkeit verbundenen Aufgaben sowie die Art und Häufigkeit der Ausübung (Amtsübersicht). <sup>3</sup>Mit der Abgabe der Amtsübersicht wird die Möglichkeit eröffnet, sich durch formlose Mitteilung gegenüber einem der ordentlichen Unterbezirksvorstandsmitglieder zur Wahl aufstellen zu lassen; Maßgeblicher Zeitpunkt ist der Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung. <sup>4</sup>Die Vorschriften des Satzes 1 und 3 finden auch auf Mitglieder des Unterbezirksvorstandes Anwendung. <sup>5</sup>Ein Mitglied des Unterbezirksvorstandes hat seine Aufstellung zur Wahl fristgerecht durch formlosen Antrag wenigstens einem anderen ordentlichen Mitglied des Unterbezirksvorstandes mitzuteilen.

## **§ 5b Personenabwahl**

(1) <sup>1</sup>Die Abwahl des Unterbezirksvorstandes oder eines seiner Mitglieder ist nur mit der Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf einer Unterbezirkskonferenz möglich. <sup>2</sup>Die Abwahl des Unterbezirksvorstandes ist nur möglich, wenn hierdurch mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen ein neuer Unterbezirksvorstand gewählt ist. <sup>3</sup>Hat der Unterbezirksvorstand nach Abwahl einzelner Mitglieder weniger als drei Mitglieder, so kommt dies der Abwahl des gesamten Unterbezirksvorstandes gleich. <sup>4</sup>Die Abwahl eines Mitglieds des Unterbezirksvorstandes ist ohne Rücksicht drauf möglich, ob der Unterbezirksvorstand anschließend eine gerade oder ungerade Mitgliederanzahl hat. <sup>5</sup>Enthaltungen zählen als abgegebene Stimme.

(2) <sup>1</sup>Nach der Abwahl des Unterbezirksvorstandes bleibt dieser geschäftsführend im Amt, bis ein neuer gewählt ist. <sup>2</sup>Die Neuwahl hat, außer in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2, auf einer anderen Unterbezirkskonferenz binnen eines Monats stattzufinden. <sup>3</sup>Der Termin dieser ist durch die Unterbezirkskonferenz zu beschließen.

(3) <sup>1</sup>Bei Abwahl oder Rücktritt (Ausscheiden) eines Unterbezirksvorstandsmitgliedes finden zeitnahe, längstens jedoch nach drei Monaten, Nachwahlen gemäß dieser Satzung statt. <sup>2</sup>Die Amtszeit des nachgewählten Unterbezirksvorstandsmitgliedes endet mit dem ordentlichen Ende der Amtsperiode des Unterbezirksvorstandes.

(4) <sup>1</sup>Die Absicht, den Unterbezirksvorstand abzuwählen, muss diesem im Falle der ordentlichen Unterbezirkskonferenz spätestens vierzehn Tage vor der Unterbezirkskonferenz mitgeteilt werden. <sup>2</sup>Im Falle der außerordentlichen Unterbezirkskonferenz ist der Unterbezirksvorstand unverzüglich nach Kenntnisnahme von der Terminierung der Unterbezirkskonferenz über das Abwahlbestreben zu unterrichten. <sup>3</sup>Der Unterbezirksvorstand hat unverzüglich nach Kenntnisnahme des Abwahlbestrebens alle Bochumer Jusos über das Abwahlvorhaben in Kenntnis zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass das Abwahlvorhaben aus der Tagesordnung eindeutig hervorgeht. <sup>4</sup>Der Unterbezirksvorstand darf die zur Durchführung des Abwahlverfahrens bestimmte außerordentliche Unterbezirkskonferenz frühestens drei Tage nach Bekanntmachung der Terminierung einberufen. <sup>5</sup>Satz 4 gilt nicht, wenn der Unterbezirksvorstand im Zeitpunkt der Bekanntmachung der Terminierung keine Kenntnis vom Abwahlvorhaben hatte.

## **§ 5c Entscheidungen von besonderer Bedeutung**

(1) <sup>1</sup>Entscheidungen, welche

6. Fragen über die Leitlinien der betriebenen Politik, was auch personalpolitische Fragen erfasst,
7. das Auftreten auf Vertreterversammlungen, insbesondere auf Parteitag und höheren Organisationsgremien,
8. eine Entschlussfassung über geplante Anträge,
9. wesentliche Fragen des Wahlkampfes, insbesondere über das (nicht-)Vertreten bestimmter Standpunkte sowie das Abweichen von Positionen oder Strategien der SPD, oder
10. öffentlichkeitswirksame Auftritte, welche nach Inhalt oder Form von vorhergehenden Auftritten erheblich abweichen oder wenn sie zur erheblichen Beeinflussung politischer Beziehungen geeignet erscheinen

zum Gegenstand haben, sind durch eine Unterbezirkskonferenz oder eine beschlussfähige Sitzung nach Aussprache zu treffen. <sup>2</sup>Der entsprechende Beschluss ist mit einfacher Mehrheit zu fassen. <sup>3</sup>Die Stimmabgabe erfolgt unter Aufhebung des Wahlgrundsatzes der Geheimheit der Wahl. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme

des Unterbezirkvorsitzenden oder dessen Vertreters. <sup>5</sup>Duldet eine Entscheidung keinen Aufschub, so trifft der Unterbezirksvorstand eine vorläufige Entscheidung. <sup>6</sup>Eine Entscheidung der Unterbezirkskonferenz oder der beschlussfähigen Sitzung ist unverzüglich nachzuholen und ab dem Zeitpunkt des Beschlusses bindend.

(2) <sup>1</sup>Jedes Mitglied der Jusos Bochum kann formlos gegenüber einem ordentlichen Mitglied des Unterbezirksvorstandes eine Entscheidung in einer Sache nach Absatz 1 Satz 1 beantragen. <sup>2</sup>Wird ein solcher Antrag gestellt, ist durch den Vorstand eine Abstimmung in der Sache spätestens eine Woche nach Zugang des Antrages herbeizuführen, bei Vorliegen eines besonderen Grundes nach spätestens zwei Wochen.

(3) Beschlüsse nach Absatz 1 binden sowohl den Unterbezirksvorstand als auch Delegierte im Rahmen ihrer Tätigkeit als solche.

## **§ 5d Verfahrensvorschriften für die Arbeitskreise**

(1) <sup>1</sup>Diese Vorschrift findet Anwendung auf die Arbeitskreise der Jusos Bochum. <sup>2</sup>Soweit diese Vorschrift anderes nicht festlegt, obliegt die nähere Ausgestaltung den Arbeitskreisen unter entsprechender Anwendung des Absatzes 3.

(2) <sup>1</sup>Der Arbeitskreis wählt einen Vorsitzenden, welcher den Arbeitskreis nach außen und der Partei gegenüber vertritt und die Sitzungen leitet. <sup>2</sup>Gewählt ist, wer mehr Stimmen als jeder andere Kandidat auf sich vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom Hundert der Stimmen. <sup>3</sup>Die Wahl ist geheim, wenn nicht durch einstimmigen Beschluss des Plenums der Wegfall der Geheimheit beschlossen wird. <sup>4</sup>Enthaltungen schaden der Einstimmigkeit des Beschlusses. <sup>5</sup>Der Vorsitzende bleibt solange im Amte, bis dieser zurücktritt oder sich ein anderer Kandidat zur Wahl stellt, welcher mehr Stimmen als jeder andere Kandidat auf sich vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom Hundert. <sup>6</sup>Stellt sich ein anderer als der amtierende Vorsitzende zur Wahl, so hat dies durch formlosen Antrag dem amtierenden Vorsitzenden gegenüber zu erfolgen. <sup>7</sup>Der amtierende Vorsitzende ist in einem solchen Falle verpflichtet, spätestens nach 30 Tagen eine Sitzung einzuberufen, welche zur Durchführung einer Wahl genutzt wird.

(3) <sup>1</sup>Entscheidungen in inhaltlichen Sachen haben demokratisch zu ergehen. <sup>2</sup>Sie werden jedenfalls durch die Gesamtheit derjenigen Mitglieder gefasst, welche in der entscheidenden Sitzung des Arbeitskreises anwesend sind (Plenum); eine Delegierung auf den Vorsitzenden oder sonstige höhere Organe ist nicht statthaft. <sup>3</sup>Die nähere Ausgestaltung der Entscheidungsfindungsprozesse obliegt dem Arbeitskreis. <sup>4</sup>Legt dieser anderes nicht fest, entscheidet nach Aussprache die einfache Mehrheit durch nicht geheime Wahl; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(4) <sup>1</sup>Entscheidungen in organisatorischen Sachen werden durch das Plenum oder den Vorsitzenden getroffen. <sup>2</sup>Entscheidet das Plenum, so ist der Vorsitzende durch die Entscheidung des Plenums gebunden.

## **§ 6 Schlussbestimmungen**

(1) <sup>1</sup>Die Satzung tritt mit der Beschlussfassung durch die Unterbezirkskonferenz in Kraft.  
<sup>2</sup>Damit ist die bisherige Satzung ersetzt.

(2) Änderungen dieser Satzung können nur auf einer Unterbezirkskonferenz mit 2/3-Mehrheit verabschiedet werden.

Verabschiedet auf der Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum am 5. Juni 2021.

**Antrag Nr.: 1a**

**Betreff:** Änderungsantrag: Mehr Demokratie wagen

**Antragsteller\*in:** Kevin Leii, Leonard Hofmann

**Unterstützer\*in:** Juso-HSG RUB

**Adressat:** Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum

---

I.

Bezeichnung: Aufhebung der Weisungsbindung von Delegierten, im Einzelnen:

Streichung in den Z. 191 f.: „sowohl“; „als auch Delegierte im Rahmen ihrer Tätigkeit als solche“.

Begründung: Die Vorschrift ist mit Bundesrecht unvereinbar (§ 15 III 3 PartG).

II.

Bezeichnung: Verschärfung der Ladungsfrist zu Gunsten der stimmberechtigten Mitglieder, im Einzelnen:

Ersetzung in der Z. 156: „vierundzwanzig Stunden“ durch „drei Tage“.

Begründung: Die Mitteilung der Einberufung eines beschlussfähigen Organs vierundzwanzig Stunden vor der Einberufung selbst nimmt keine hinreichende Rücksicht auf die Rechte der zu informierenden Stimmberechtigten.

III.

Bezeichnung: Anpassung des (Ab-)Wahlrechts, insbesondere die Anpassung der nötigen Mehrheiten, im Einzelnen:

32 1.

33 Ersetzung der Z. 52 bis 95 durch: „(5) Im Übrigen gilt die Wahlordnung der SPD“.

34

35 2.

36 Ersetzung in der Z. 96: „(11)“ durch „(6)“.

37

38 3.

39 Ersetzung in den Z. 217 f.: „dieser Satzung“ durch „§ 10 der Wahlordnung der SPD“.

40

41 4.

42 Ersetzung der Z. 203 bis 211 durch: „(1) Die Abwahl des Unterbezirksvorstandes oder eines seiner  
43 Mitglieder ist nur nach den Vorschriften des § 9 der Wahlordnung der SPD zulässig.“.

44

45 Begründung: Die Vorschriften sind mit höherrangigem Parteirecht unvereinbar (§ 1 III WO SPD).

46

47 IV.

48

49 Bezeichnung: Umgestaltung des Vorsitzenden des Arbeitskreises zu einem „Organ“, welches  
50 lediglich Innenwirkung entfaltet, im Einzelnen:

51

52 1.

53 Ersetzung in den Z. 123, 128, 131, 132, 133, 138, 141, 143: „Vorsitzende(n)“ durch „Sprecher(s)“.

54

55 2.

56 Ersetzung in den Z. 123 f.: „nach außen und der Partei gegenüber vertritt“ durch „innerhalb der  
57 Jusos Bochum vertritt“.

58

59 3.

60 Ergänzung nach der Z. 130: „Der Sprecher bleibt solange im Amte, bis dieser zurücktritt oder sich  
61 ein anderer Kandidat zur Wahl stellt, welcher mehr Stimmen als jeder andere Kandidat auf sich  
62 vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom Hundert; der Sprecher bleibt längstens zwei Jahre  
63 im Amte, ohne dass eine erneute Wahl gemäß der Sätze 2 bis 4 notwendig wird“.

64

65 Begründung: Zur Verhinderung eines Konfliktes mit höheren Gliederungsebenen soll dem Amte  
66 des AK-Sprechers keine Außenwirkung eingeräumt werden; er ist als ein den AK Verwaltendes und  
67 Organisierendes Organ angelegt, sodass ein Bedürfnis für eine Außenwirkung ferner ohnehin  
68 nicht besteht. Wenngleich die Kompetenzen des Sprechers innerhalb des AK stark eingeschränkt  
69 sind, so soll doch der Grundsatz der Periodizität auch bei diesem Amte gewahrt bleiben.

70

71

## V.

72

73 Bezeichnung: Verlängerung der Einberufungsfrist zu Gunsten des Vorstandes, im Einzelnen:

74

75 1.

76 Ersetzung in der Z. 188: „eine Woche“ durch „zwei Wochen“.

77

78 2.

79 Ersetzung in den Z. 189 f.: „zwei Wochen“ durch „drei Wochen“.

80

81 Begründung: Um Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung der Vorschrift vorzubeugen, wird  
82 die Frist in einer Weise verlängert, welche den Zweck der Vorschrift nicht gefährdet.

83

84

## VI.

85

86 Bezeichnung: Beschränkung des Kataloges der Entscheidungen, welche basisdemokratisch zu  
87 ergehen haben, im Einzelnen:

88

89 Ersetzung in der Z. 174: „nach Inhalt oder Form“ durch „ihrem Inhalt nach“.

90

91 Begründung: Nach dem Sinn und Zweck der Vorschrift (§ 5c) dient die Verpflichtung zur  
92 Entscheidung durch basisdemokratische Vorgänge dazu, die wesentlichen politischen  
93 Entscheidungen unmittelbar selbst treffen zu können, soweit zwingende Gründe dem nicht  
94 entgegenstehen. Die Form eines öffentlichen Auftrittes zählt dabei nicht zu jenen wesentlichen  
95 politischen Entscheidungen, sodass nach dem Sinn und Zweck der Vorschrift eine Einbeziehung  
96 in den Anwendungsbereich der Vorschrift nicht angezeigt ist.



## **Anlage 1:** Konsolidierte Fassung des Antrags

I.

Es wird beantragt, über die folgenden Antragspunkte I. 1. bis 5. getrennt als einzelne Anträge zu entscheiden, sodass jede arabische Gliederungszahl unter I. als einzelner Antrag behandelt wird.

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1.

Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt und geändert werden:

a)

### **§ 5a Personenwahlen**

(1) <sup>1</sup>Wahlen sowie sonstige Abstimmungen, die Personen für

11. eine Delegiertentätigkeit in beliebigen Gremien, unabhängig davon, ob es sich um höhere Organisationsgremien handelt, oder nicht,
12. eine Tätigkeit, welche dem Unterbezirksvorstand ähnliche oder diesen beratende Aufgaben wahrnimmt,
13. eine Tätigkeit, die dazu geeignet ist, die gewählten Person als kooptiertes Unterbezirksvorstandsmitglied einzusetzen,
14. eine Tätigkeit, welche dazu bestimmt ist, als vom Unterbezirksvorstand unabhängige Stelle aufzutreten, um als Anlaufstelle zu fungieren für solche Sachen, deren Gegenstand eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Sexualität, der Heimat und Herkunft, der Abstammung, der Sprache, der Religion, des Glaubens, einer Behinderung oder der Hautfarbe ist (Awareness-Beauftragter), oder
15. eine ordentliche Tätigkeit im Unterbezirksvorstand

benennen sollen (Personenwahlen), sind durch Wahl auf einer Unterbezirkskonferenz zu beschließen. <sup>2</sup>Die Selbstverwaltung der Arbeitskreise und der Hochschulgruppe bleibt unberührt.

(2) <sup>1</sup>Ordentliche oder kooptierte Vorstandsmitglieder dürfen eine Tätigkeit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 nur dann wahrnehmen, wenn eine andere Person zur Übernahme des Amtes nicht bereit ist. <sup>2</sup>Der Unterbezirksvorstandsvorsitzende oder Mitglieder einer Doppelspitze des Unterbezirksvorstandes dürfen eine solche Tätigkeit nicht wahrnehmen.

(3) Wahlberechtigt zur Wahl nach Absatz 1 Satz 1 ist, wer Mitglied der Jusos Bochum ist.

(4) <sup>1</sup>Die Wahl erfolgt grundsätzlich geheim, unabhängig von der Anzahl an Kandidaten. <sup>2</sup>Die Wahl kann durch einstimmigen Beschluss öffentlich erfolgen. <sup>3</sup>Enthaltungen schaden der Einstimmigkeit eines solchen Beschlusses. <sup>4</sup>Ein solcher Beschluss kann, wenn durch eine Unterbezirkskonferenz mehrere Personenwahlen durchzuführen sind, nur für die gesamte Unterbezirkskonferenz ergehen, nicht jedoch für individuelle Personenwahlen; erfasst die Gesamtheit aller Personenwahlen auf einer Unterbezirkskonferenz auch solche im Sinne des Satzes 5, so kann der Beschluss der Aufhebung der Geheimheit nur für alle Personenwahlen außer solche im Sinne des Satzes 5 ergehen, nicht jedoch für individuelle Personenwahlen. <sup>5</sup>Wahlen zu Tätigkeiten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 5 sind stets geheim.

(5) Im Übrigen gilt die Wahlordnung der SPD.

(6) <sup>1</sup>Eine Kandidatur für eine Personenwahl kann bis zur Eröffnung des entsprechenden Wahlganges erklärt werden. <sup>2</sup>Der Unterbezirksvorstand hat spätestens sieben Tage vor der Unterbezirkskonferenz an alle Jusos Bochum eine Übersicht derjenigen Ämter zu versenden, welche gewählt werden; diese Übersicht umfasst auch eine Erörterung der wesentlichen Eigenschaften der zu wählenden Ämter, insbesondere das inhaltliche Aufgabenfeld, die typischerweise mit der Tätigkeit verbundenen Aufgaben sowie die Art und Häufigkeit der Ausübung (Amtsübersicht). <sup>3</sup>Mit der Abgabe der Amtsübersicht wird die Möglichkeit eröffnet, sich durch formlose Mitteilung gegenüber einem der ordentlichen Unterbezirksvorstandsmitglieder zur Wahl aufstellen zu lassen; Maßgeblicher Zeitpunkt ist der Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung. <sup>4</sup>Die Vorschriften des Satzes 1 und 3 finden auch auf Mitglieder des Unterbezirksvorstandes Anwendung. <sup>5</sup>Ein Mitglied des Unterbezirksvorstandes hat seine Aufstellung zur Wahl fristgerecht durch formlosen Antrag wenigstens einem anderen ordentlichen Mitglied des Unterbezirksvorstandes mitzuteilen.

b)

Die Satzung soll in ihrem Inhalt angepasst werden, soweit dies zur Verwirklichung eines widerspruchsfreien normativen Gefüges unbedingt erforderlich ist, namentlich eine Anpassung des § 4 Abs. 8 der Satzung entsprechend der Anl. 1.

## 2.

Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt werden:

### **§ 5d Verfahrensvorschriften für die Arbeitskreise**

(1) <sup>1</sup>Diese Vorschrift findet Anwendung auf die Arbeitskreise der Jusos Bochum. <sup>2</sup>Soweit diese Vorschrift anderes nicht festlegt, obliegt die nähere Ausgestaltung den Arbeitskreisen unter entsprechender Anwendung des Absatzes 3.

(2) <sup>1</sup>Der Arbeitskreis wählt einen Sprecher, welcher den Arbeitskreis innerhalb der Jusos Bochum vertritt und die Sitzungen leitet. <sup>2</sup>Gewählt ist, wer mehr Stimmen als jeder andere Kandidat auf sich vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom Hundert der Stimmen. <sup>3</sup>Die Wahl ist geheim, wenn nicht durch einstimmigen Beschluss des Plenums der Wegfall der Geheimheit beschlossen wird. <sup>4</sup>Enthaltungen schaden der Einstimmigkeit des Beschlusses. <sup>5</sup>Der Sprecher bleibt solange im Amte, bis dieser zurücktritt oder sich ein anderer Kandidat zur Wahl stellt, welcher mehr Stimmen als jeder andere Kandidat auf sich vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom Hundert; der Sprecher bleibt längstens zwei Jahre im Amte, ohne dass eine erneute Wahl gemäß der Sätze 2 bis 4 notwendig wird. <sup>6</sup>Stellt sich ein anderer als der amtierende Sprecher zur Wahl, so hat dies durch formlosen Antrag dem amtierenden Sprecher gegenüber zu erfolgen. <sup>7</sup>Der amtierende Sprecher ist in einem solchen Falle verpflichtet, spätestens nach 30 Tagen eine Sitzung einzuberufen, welche zur Durchführung einer Wahl genutzt wird.

(3) <sup>1</sup>Entscheidungen in inhaltlichen Sachen haben demokratisch zu ergehen. <sup>2</sup>Sie werden jedenfalls durch die Gesamtheit derjenigen Mitglieder gefasst, welche in der entscheidenden Sitzung des Arbeitskreises anwesend sind (Plenum); eine Delegierung auf den Sprecher oder sonstige höhere Organe ist nicht statthaft. <sup>3</sup>Die nähere Ausgestaltung der Entscheidungsfindungsprozesse obliegt dem Arbeitskreis. <sup>4</sup>Legt dieser anderes nicht fest, entscheidet nach Aussprache die einfache Mehrheit durch nicht geheime Wahl; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Sprechers.

(4) <sup>1</sup>Entscheidungen in organisatorischen Sachen werden durch das Plenum oder den Sprecher getroffen. <sup>2</sup>Entscheidet das Plenum, so ist der Sprecher durch die Entscheidung des Plenums gebunden.

## 3.

Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt und geändert werden:

a)

### **§ 4a Beschlussfähige Sitzung**

(1) Die beschlussfähige Sitzung dient ausschließlich der Beschlussfassung in Sachen gemäß § 5c Absatz 1 Satz 1.

(2) <sup>1</sup>Die Einberufung der beschlussfähigen Sitzung erfolgt durch den Unterbezirksvorstand und muss drei Tage vorher durch Mitteilung an alle Jusos Bochum erfolgen. <sup>2</sup>Die Mitteilung muss dabei abschließend angeben, was Gegenstand der zu treffenden Entscheidungen ist.

(3) Der Unterbezirksvorstand sitzt der beschlussfähigen Sitzung vor und leitet diese.

(4) <sup>1</sup>Einer Geschäftsordnung bedarf es nicht. <sup>2</sup>Eine nähere Regelung des Verfahrens als die Vorschriften der §§ 4a und 5c dieser Satzung findet nicht statt.

b)

### **§ 5c Entscheidungen von besonderer Bedeutung**

(1) <sup>1</sup>Entscheidungen, welche

11. Fragen über die Leitlinien der betriebenen Politik, was auch personalpolitische Fragen erfasst,
12. das Auftreten auf Vertreterversammlungen, insbesondere auf Parteitagen und höheren Organisationsgremien,
13. eine Entschlussfassung über geplante Anträge,
14. wesentliche Fragen des Wahlkampfes, insbesondere über das (nicht-)Vertreten bestimmter Standpunkte sowie das Abweichen von Positionen oder Strategien der SPD, oder
15. öffentlichkeitswirksame Auftritte, welche ihrem Inhalt nach von vorhergehenden Auftritten erheblich abweichen oder wenn sie zur erheblichen Beeinflussung politischer Beziehungen geeignet erscheinen

zum Gegenstand haben, sind durch eine Unterbezirkskonferenz oder eine beschlussfähige Sitzung nach Aussprache zu treffen. <sup>2</sup>Der entsprechende Beschluss ist mit einfacher Mehrheit zu fassen. <sup>3</sup>Die Stimmabgabe erfolgt unter Aufhebung des Wahlgrundsatzes der Geheimheit der Wahl. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Unterbezirksvorsitzenden oder dessen Vertreters. <sup>5</sup>Duldet eine Entscheidung keinen Aufschub, so trifft der Unterbezirksvorstand eine vorläufige Entscheidung. <sup>6</sup>Eine Entscheidung der Unterbezirkskonferenz oder der

beschlussfähigen Sitzung ist unverzüglich nachzuholen und ab dem Zeitpunkt des Beschlusses bindend.

(2) <sup>1</sup>Jedes Mitglied der Jusos Bochum kann formlos gegenüber einem ordentlichen Mitglied des Unterbezirksvorstandes eine Entscheidung in einer Sache nach Absatz 1 Satz 1 beantragen. <sup>2</sup>Wird ein solcher Antrag gestellt, ist durch den Vorstand eine Abstimmung in der Sache spätestens zwei Wochen nach Zugang des Antrages herbeizuführen, bei Vorliegen eines besonderen Grundes nach spätestens drei Wochen.

(3) Beschlüsse nach Absatz 1 binden den Unterbezirksvorstand.

c)

Die Satzung soll in ihrem Inhalt angepasst werden, soweit dies zur Verwirklichung eines widerspruchsfreien normativen Gefüges unbedingt erforderlich ist, namentlich eine Anpassung des § 3 Abs. 2 der Satzung entsprechend der Anl. 1.

4.

Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt werden:

## **§ 5b Personenabwahl**

(1) Die Abwahl des Unterbezirksvorstandes oder eines seiner Mitglieder ist nur nach den Vorschriften des § 9 der Wahlordnung der SPD zulässig.

(2) <sup>1</sup>Nach der Abwahl des Unterbezirksvorstandes bleibt dieser geschäftsführend im Amt, bis ein neuer gewählt ist. <sup>2</sup>Die Neuwahl hat, außer in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2, auf einer anderen Unterbezirkskonferenz binnen eines Monats stattzufinden. <sup>3</sup>Der Termin dieser ist durch die Unterbezirkskonferenz zu beschließen.

(3) <sup>1</sup>Bei Abwahl oder Rücktritt (Ausscheiden) eines Unterbezirksvorstandsmitgliedes finden zeitnahe, längstens jedoch nach drei Monaten, Nachwahlen gemäß § 10 der Wahlordnung der SPD statt. <sup>2</sup>Die Amtszeit des nachgewählten Unterbezirksvorstandsmitgliedes endet mit dem ordentlichen Ende der Amtsperiode des Unterbezirksvorstandes.

(4) <sup>1</sup>Die Absicht, den Unterbezirksvorstand abzuwählen, muss diesem im Falle der ordentlichen Unterbezirkskonferenz spätestens vierzehn Tage vor der Unterbezirkskonferenz mitgeteilt werden. <sup>2</sup>Im Falle der außerordentlichen Unterbezirkskonferenz ist der Unterbezirksvorstand unverzüglich nach

Kenntnisnahme von der Terminierung der Unterbezirkskonferenz über das Abwahlbestreben zu unterrichten. <sup>3</sup>Der Unterbezirksvorstand hat unverzüglich nach Kenntnisnahme des Abwahlbestrebens alle Bochumer Jusos über das Abwahlvorhaben in Kenntnis zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass das Abwahlvorhaben aus der Tagesordnung eindeutig hervorgeht. <sup>4</sup>Der Unterbezirksvorstand darf die zur Durchführung des Abwahlverfahrens bestimmte außerordentliche Unterbezirkskonferenz frühestens drei Tage nach Bekanntmachung der Terminierung einberufen. <sup>5</sup>Satz 4 gilt nicht, wenn der Unterbezirksvorstand im Zeitpunkt der Bekanntmachung der Terminierung keine Kenntnis vom Abwahlvorhaben hatte.

## 5.

Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung dem Folgenden entsprechend geändert werden:

Die Satzung soll in ihrer Form angepasst werden, sodass sie der diesem Antrag entsprechenden Form entspricht. Die angestrebten Anpassungen entsprechen dem Entwurf in Anl. 1. Eine inhaltliche Veränderung findet hierdurch nicht statt.

## II.

Begründung:

Die Anträge verfolgen das Ziel, dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Meinungsbildung von unten nach oben besser Geltung zu verschaffen. Die Jusos Bochum sind eine Gliederung, welcher regelmäßig eine eher geringe Anzahl an Mitgliedern in dem Sinne angehört, dass sie sich auch aktiv in den Meinungsbildungsprozess einbringen. Hieraus folgt, dass eine Delegation von Aufgaben auf ein höheres Organ der Gliederung, namentlich den Vorstand, nur eingeschränkt zu rechtfertigen ist. Eine Delegation auf ein höheres Organ drängt sich dann auf, wenn infolge einer großen Zahl an (aktiv mitwirkenden) Mitgliedern die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben durch die Mitgliederversammlung nicht mehr oder nur stark eingeschränkt möglich ist, sodass die Delegation auf einen kleineren Personenkreis ein notwendiges Mittel ist, um eine (effektive) Wahrnehmung der dem Organ übertragenen Aufgaben zu gewährleisten.

Bei Anschauung der gegenwärtigen Situation bei den Jusos Bochum scheint es, dass viele Entscheidungen, welche zurzeit dem Vorstand obliegen, unproblematisch auch durch die Mitgliederversammlung entschieden werden können. Hieraus folgt, dass

eine Delegation der Aufgaben auf den Vorstand die Umsetzung demokratischer Meinungsbildung nicht fördert, diese vielmehr begrenzt.

Auf Grund dieser Umstände strebt dieser Antrag an, nähere Regelungen über die Ausübung von Meinungsbildung und schlussendlicher Entscheidungsfindung zu treffen. Dies hat insbesondere den Zweck, die Entscheidungsgewalt des Vorstandes auch tatsächlich auf jene Sachbereiche zu beschränken, in welchen sie zur effektiven Wahrnehmung politischer Interessen geboten erscheint – insbesondere die Repräsentation der Gliederung sowie verwaltende Tätigkeiten –, andere Tätigkeiten jedoch im Sinne einer Maximierung an demokratischer Legitimation dort der Mitgliederversammlung zu überlassen, wo dies angezeigt und möglich erscheint. Insbesondere soll auch eine bisher herrschende Regelungslücke in der Satzung zu den hier aufgeworfenen Fragen geschlossen werden. Diese hatte bisher die Folge, dass für den Großteil der zu treffenden Entscheidungen ein geregeltes Verfahren nicht existierte, was letztendlich insbesondere zur Schlechterstellung der Basis führte. Ferner wird bezweckt, eine niederschwellige Möglichkeit zur Partizipation am politischen Meinungsbildungsprozess zu erreichen und so insbesondere auch solchen Mitgliedern, welche in den parteipolitischen Strukturen weniger stark verwurzelt sind, die Möglichkeit zu politischem Gehör zu verschaffen, sodass die Jusos Bochum den Platz in der Parteienlandschaft einnehmen, welcher den Parteien zugeschrieben wird: das bindende Glied zwischen Politik und Volk.

Dabei lässt sich auch eine fortschreitende Politikverdrossenheit in dem Sinne erkennen, dass eine Vielzahl an Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck haben, dass sie und ihre Interessen durch die etablierte Politik weder repräsentiert werden noch sie eine Möglichkeit zur Einwirkung auf das politische Geschehen haben; dass sich vielmehr elitäre Kreise herausgebildet haben, welche das politische Geschehen lenken und andere von Teilnahme bewusst ausschließen, was sich nicht zuletzt in den erhöhten Wahlergebnissen der AfD niederschlägt. Jene Wahlergebnisse können indessen kaum noch als eine reine Protestwahl gesehen werden, vielmehr besteht in breiten Bevölkerungsschichten der Eindruck, dass die AfD die einzige Partei sei, welche kein Teil jener elitären Kreise ist und den Interessen des einfachen Bürgers noch Gehör schenkt. Wenngleich auf der Hand liegt, dass die AfD inhaltlich weit davon entfernt ist, die „Partei des kleinen Mannes“ zu sein, so lässt sich nicht von der Hand weisen, dass wenigstens in Teilen der Bevölkerung jener Eindruck besteht. Außerdem können sich die demokratischen Parteien nicht ernsthaft mit der Feststellung zufrieden geben, dass jener Umstand allein auf die populistischen Wahlkampfstrategien der AfD zurückzuführen sei. Vielmehr entlarvt jene Behauptung eine gewisse Ideenlosigkeit, wenn es dazu kommt, gerade die Bürgerinnen und Bürger derjenigen Einkommensschichten für sich zu gewinnen, die einst noch das Kern-Klientel sozialdemokratischer Politik ausmachten. Auch zeigt jene Resignation der AfD gegenüber, dass in Teilen der demokratischen politischen Landschaft Veränderungen nicht erwünscht sind, was jedoch geradezu den Eindruck einer elitären Politik (auch und gerade im linken Spektrum) bestätigt, indem bestehende Machtstrukturen verteidigt werden.

Hier will der Antrag ansetzen, um aufzuzeigen, dass man sich nicht damit zufrieden gibt, die AfD als nicht-bekämpfbar und ihre Wählerinnen und Wähler als schlechthin rechtsradikal zu bezeichnen. Es soll durch strukturelle Veränderungen ein erster Schritt dahin gewagt werden, denjenigen, welche sich durch die demokratischen Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen, die Chance zu geben und aufzuzeigen, dass ihre Anliegen mehr als nur politisches Kapital zum Machterhalt sind. Nach einer erfolgreichen Novellierung jener Strukturen wird, das sollte jederzeit bewusst bleiben, der letzte Schritt noch lange nicht getan sein, sich das Vertrauen der Bürger darein, dass sie Gehör und Repräsentation in der Sozialdemokratie finden, zurückzuerwerben. Gleichwohl ist die strukturelle Reform notwendige Grundlage dazu, jene Ziele erreichen zu können. Die Struktur ist Grundlage jeder Meinungsbildung „nach oben“, definiert gleichwohl aber auch das Verhältnis „zwischen den Ebenen“. Die gegenwärtige Struktur vermag es dabei nicht, gerade auf den untersten Gliederungsebenen eine tatsächliche Beziehung zwischen den untersten und den darüberliegenden Ebenen zu etablieren, sodass auch hier unmittelbar der Eindruck einer elitären Politik bestätigt wird, welcher nicht zuletzt seinerseits die Narrative der AfD fördert. Dabei haben auch die jüngsten Kommunalwahlen gezeigt, dass ein solcher Eindruck auch auf den tieferen Organisationsebenen besteht. Auch hat die jüngste Vergangenheit gezeigt, dass sich rechtsradikale Tendenzen nicht dadurch erledigen werden, dass die etablierte Politik weiter so verfährt, wie bisher. Vielmehr liegt darin die Gefahr, weiterhin den Eindruck zu bestärken, der einzelne Bürger würde nicht gehört.

Dieses Strukturpaket soll das eindeutige Zeichen aussenden: wir haben Euch gehört und wir wollen uns entsprechend ändern. Dies heißt nicht, sich aus strategischen Gründen von politische Überzeugungen zu trennen, sondern ernsthaft den gegenwärtigen Zustand der etablierten Politik zu hinterfragen und entsprechend zu handeln. Dabei verfolgt dieses Strukturpaket das Ziel, das Gefühl, der einzelne Bürger würde nicht mehr gehört, schlichtweg dadurch zu entkräften, dass genau dies geschieht und so das Vertrauen in das freiheitlich demokratische System zurückzugewinnen.

Wir wollen, um das Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen, wieder mehr Demokratie wagen.

## 1.

Zu I. 1.: Personenwahlen sind der wichtigste Mittler zwischen der Basisdemokratie und höheren Organisationsgremien (insbes. Region, Land und Bund). Sie sind gegenwärtig die alleinige Möglichkeit der Basis, auf höhergliedrige Meinungsbildung Einfluss zu nehmen. Dies stellt schlechthin bereits ein Problem dar, welches dadurch aufgelöst werden soll, dass gem. § 5c Abs. 1 S. 1 Nr. 2 (hierzu unter I. 3.) zunächst auch der Basis das Recht eingeräumt wird, die Regional-/Landes-/Bundespolitik des



Unterbezirk es unmittelbar zu beeinflussen. Auch außerhalb der Delegiertentätigkeit handelt es sich um Vertreter der Basis. Gegenwärtige Zustände, wie die Wahl eines Vorstandsmitgliedes dadurch, dass wenigstens eine Stimme auf den Kandidaten entfällt, werden jener Rolle nicht gerecht. Um eine Repräsentation zu gewährleisten, welche jene Bezeichnung verdient, sollen höhere Anforderungen an die Personenwahl gestellt werden.

## 2.

Zu I. 2.: Die aktuelle Satzung der Jusos Bochum regelt die Verfassung der Arbeitskreise nicht. Auch die hier angetragene Regelung soll weiterhin eine (gut begründete) Selbstverwaltung der Arbeitskreise ermöglichen. Gleichwohl soll die Regelung die demokratischen Mindeststandards der Arbeitsweise der Arbeitskreise sicherstellen und diesen dabei auch (in Teilen als dispositives Recht) die Möglichkeit dafür geben, sich nicht mit Verfahrensvorschriften befassen zu müssen und sich vielmehr unmittelbar der inhaltlichen Arbeit zu widmen.

## 3.

Zu I. 3.: Die hier angetragenen Vorschriften dienen der Umsetzung einer Stärkung der basisdemokratischen Entschlussfassung. Gegenwärtig regelt die Satzung lediglich demokratische Meinungsbildung in Personalfragen. Dass dies einer demokratischen Meinungsbildung nicht gerecht wird, indem die einzige (durch die Satzung garantierte) Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Politik der Jusos Bochum die Wahl von Delegierten/Vorstandsmitgliedern ist, drängt sich geradezu auf. Dabei wird erkannt, dass eine Stärkung der demokratischen Meinungsbildung auch eine Erhöhung des Verwaltungsaufwandes bedeutet. Der ASt. ist dabei der Auffassung, dass die gegenwärtigen Möglichkeiten zur demokratischen Beschlussfassung, welche die Satzung vorsieht (ordentliche und außerordentliche Unterbezirkskonferenz), zur Umsetzung einer basisdemokratischen Struktur nicht geeignet sind. Hierzu wird ein neues Organ, die beschlussfähige Sitzung, geschaffen, um demokratische Meinungsbildung sicherstellen zu können, dabei gleichwohl jedoch einen verfahrensrechtlichen Rahmen bieten zu können, welcher eine häufige Beschlussfassung durch jenes Organ gestattet. Hierzu werden Ansprüche an das Verfahren, wo sie zur Zweckerfüllung nicht nötig sind, im Vergleich zur UBK nicht gestellt. Um der dadurch verringerten Legitimation gerecht zu werden, wird im Gegenzug die Kompetenz des Organs im Vergleich zur Unterbezirkskonferenz beschränkt.

#### 4.

Zu I. 4.: Auch im Bereich einer Abwahl des Unterbezirksvorstandes findet sich eine Regelungslücke in der gegenwärtigen Satzung. Dies stellt nicht nur ein Problem in der Hinsicht dar, dass durch jene Konzeption das Prinzip der ständigen Kontrolle des Unterbezirksvorstandes durch den Unterbezirk praktisch aufgehoben ist, indem der Vorstand während einer Amtsperiode Konsequenzen für sein Handeln nicht zu fürchten braucht. Auch drängt sich bei demjenigen die Problematik geradezu auf, der erkennt, dass die Regelungslücke dazu führen kann, dass der Unterbezirksvorstand somit den tatsächlichen Rückhalt im Unterbezirk vollständig verlieren kann, sodass der Unterbezirk in eine Handlungsunfähigkeit fällt, der Unterbezirk selbst an diesem Umstande jedoch nichts zu ändern vermag. Aus diesen Gründen soll die Satzung um eine entsprechende Regelung ergänzt werden.

#### 5.

Zu I. 5.: Zwecks einer Harmonisierung der Form sowie der Tatsache, dass der ASt. der Auffassung ist, dass die gegenwärtige Form der Übersichtlichkeit der Satzung schadet, wird die entsprechende Änderung der Form beantragt.

## Konsolidierter Entwurf: Richtlinien der Bochumer Jungsozialisten in der SPD (Anl. 1)

### **§ 1 Grundsätze**

- (1) Die Gliederung führt den Namen „Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Unterbezirk Bochum“ (Jusos Bochum).
- (2) Der Unterbezirk der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD umfasst das Gebiet der Stadt Bochum.
- (3) <sup>1</sup>Die Politik der Jusos Bochum versteht sich als ein Beitrag zum Prozess der innerparteilichen Willensbildung und eigenständiger öffentlicher Werbung für sozialdemokratische Politik. <sup>2</sup>Ihre Grundlage ist das Grundsatzprogramm der SPD sowie die Grundsatzerklärung der Jusos.

### **§ 2 Mitgliedschaft**

- (2) <sup>1</sup>Der Arbeitsgemeinschaft der Jusos gehören die Mitglieder der SPD bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres an. <sup>2</sup>Personen, die nicht Mitglieder der SPD sind, können im Alter von 14-35 Jahren bei den Jusos mitarbeiten.
- (2) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft bei den Jusos Bochum ist die Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation, oder in einer Organisation deren Mitgliedschaft mit der SPD-Mitgliedschaft unvereinbar ist.
- (3) Vertreter der Jusos in Gremien der SPD müssen in jedem Fall Mitglied der SPD sein.

### **§ 3 Gliederungen**

- (1) Der Organisationsaufbau der Jusos Bochum entspricht dem der Partei im Bereich des Unterbezirks Bochum.
- (2) Organe der Jusos im Unterbezirk Bochum sind
1. die Unterbezirkskonferenz,
  2. der Unterbezirksvorstand und
  3. die beschlussfähige Sitzung.
- (3) die Arbeit von Juso-Gruppen auf Ortsvereinsebene wird nach Möglichkeit unterstützt.

## **§ 4 Unterbezirkskonferenz**

(1) Die Unterbezirkskonferenz ist das oberste Beschlussorgan der Jusos Bochum. Sie findet ordentlich einmal jährlich statt.

(2) Die Unterbezirkskonferenz kommt einer Mitgliederversammlung gleich.

(3) <sup>1</sup>Die Einberufung der ordentlichen Unterbezirkskonferenz erfolgt durch den Unterbezirksvorstand und muss vier Wochen vorher mit Angabe einer vorläufigen Tagesordnung an alle Mitglieder der Gliederung erfolgen. <sup>2</sup>Die Antragsfrist beträgt zehn Tage.

(4) Die ordentliche Unterbezirkskonferenz hat zur Aufgabe

1. die Entgegennahme und Diskussion des Berichtes des Unterbezirksvorstandes,
2. die Entgegennahme und Diskussion des Berichtes über die auf der letzten Unterbezirkskonferenz gefassten Beschlüsse,
3. die Entgegennahme und Diskussion des Berichtes der Arbeitsgemeinschaften,
4. die Wahl des Unterbezirksvorstandes der Jusos Bochum,
5. die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeskongress,
6. die Vorschläge zur Besetzung der Delegation des Landes Nordrhein-Westfalen der Jungsozialisten zum Bundeskongress der Jungsozialisten,
7. die Vorschläge zur Besetzung der Vorstände höherer Organisationsgliederungen und
8. die Beschlussfassung über Anträge.

(5) Eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz hat innerhalb einer Frist von 14 Tagen stattzufinden

1. auf Beschluss der Unterbezirkskonferenz,
2. auf Beschluss des Unterbezirksvorstandes, oder
3. auf Antrag von mindestens fünf Prozent der Bochumer Jusos.

(5a) Anträge zu einer außerordentlichen Unterbezirkskonferenz sind bis zu dem vom Unterbezirksvorstand jeweils festgelegten Termin einzureichen.

(5b) Soll auf einer außerordentlichen Unterbezirkskonferenz die Satzung oder eine satzungsähnliche Richtlinie geändert werden, so gelten die Fristen gemäß Absatz 3.

(6) Antragberechtigt zur Unterbezirkskonferenz sind

1. der Unterbezirksvorstand,
2. die Arbeitsgemeinschaften,
3. die Arbeitskreise, sowie
4. alle Bochumer Jusos.

(7) Aus der Mitte der Unterbezirkskonferenz gestellte Anträge (Initiativanträge) bedürfen zur Zulassung der Unterstützung von mindestens 5 anwesenden Mitgliedern.

(8) Wahlen erfolgen gemäß der Wahlordnung der SPD, soweit diese Satzung etwas anderes nicht festlegt.

(8a) Bei Personalwahlen sind Frauen und Männer mit mindestens 40% Anteil zu berücksichtigen.

(9) <sup>1</sup>Die Unterbezirkskonferenz tagt öffentlich. <sup>2</sup>Auf Beschluss kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

(9a) Zu Beginn jeder Unterbezirkskonferenz werden in je einem Wahlgang

1. ein Tagungspräsidium und
2. eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission

gewählt.

(9b) Die Unterbezirkskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### **§ 4a Beschlussfähige Sitzung**

(1) Die beschlussfähige Sitzung dient ausschließlich der Beschlussfassung in Sachen gemäß § 5c Absatz 1 Satz 1.

(2) <sup>1</sup>Die Einberufung der beschlussfähigen Sitzung erfolgt durch den Unterbezirksvorstand und muss drei Tage vorher durch Mitteilung an alle Jusos Bochum erfolgen. <sup>2</sup>Die Mitteilung muss dabei abschließend angeben, was Gegenstand der zu treffenden Entscheidungen ist.

(3) Der Unterbezirksvorstand sitzt der beschlussfähigen Sitzung vor und leitet diese.

(4) <sup>1</sup>Einer Geschäftsordnung bedarf es nicht. <sup>2</sup>Eine nähere Regelung des Verfahrens als die Vorschriften der §§ 4a und 5c dieser Satzung findet nicht statt.

#### **§ 5 Der Unterbezirksvorstand**

(1) <sup>1</sup>Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk Bochum der Jungsozialisten in der SPD. <sup>2</sup>Er vertritt den Unterbezirk in Partei und Öffentlichkeit.

(2) <sup>1</sup>Der Unterbezirksvorstand wird für zwei Jahre gewählt. <sup>2</sup>Der amtierende Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt.

(3) Der Unterbezirksvorstand besteht aus

- a) der/dem Vorsitzenden oder der gemischtgeschlechtlichen Doppelspitze, die als Team gewählt wird und
- b) den stellvertretenden Vorsitzenden.

(3a) <sup>1</sup>Die Gesamtzahl der Unterbezirksvorstandsmitglieder muss mindestens drei, maximal neun betragen und ungerade sein. <sup>2</sup>Die Anzahl wird vor den Wahlgängen mit einfacher Mehrheit der anwesenden Konferenzteilnehmer festgelegt.

(3b) Mit beratender Stimme gehören dem Unterbezirksvorstand ferner die im Unterbezirkbereich gemeldeten Vorstands- und Ausschussmitglieder höherer Ebenen an.

(4) <sup>1</sup>Der Unterbezirksvorstand tagt mindestens einmal im Monat. <sup>2</sup>Seine Sitzungen sind verbands- und parteiöffentlich. <sup>3</sup>Auf Beschluss tagt der Unterbezirksvorstand in öffentlicher bzw. nichtöffentlicher Sitzung.

(5) Der Unterbezirksvorstand ist der Unterbezirkskonferenz rechenschaftspflichtig.

## **§ 5a Personenwahlen**

(1) <sup>1</sup>Wahlen sowie sonstige Abstimmungen, die Personen für

1. eine Delegiertentätigkeit in beliebigen Gremien, unabhängig davon, ob es sich um höhere Organisationsgremien handelt, oder nicht,
2. eine Tätigkeit, welche dem Unterbezirksvorstand ähnliche oder diesen beratende Aufgaben wahrnimmt,
3. eine Tätigkeit, die dazu geeignet ist, die gewählten Person als kooptiertes Unterbezirksvorstandsmitglied einzusetzen,
4. eine Tätigkeit, welche dazu bestimmt ist, als vom Unterbezirksvorstand unabhängige Stelle aufzutreten, um als Anlaufstelle zu fungieren für solche Sachen, deren Gegenstand eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Sexualität, der Heimat und Herkunft, der Abstammung, der Sprache, der Religion, des Glaubens, einer Behinderung oder der Hautfarbe ist (Awareness-Beauftragter), oder
5. eine ordentliche Tätigkeit im Unterbezirksvorstand

benennen sollen (Personenwahlen), sind durch Wahl auf einer Unterbezirkskonferenz zu beschließen. <sup>2</sup>Die Selbstverwaltung der Arbeitskreise und der Hochschulgruppe bleibt unberührt.

(2) <sup>1</sup>Ordentliche oder kooptierte Vorstandsmitglieder dürfen eine Tätigkeit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 nur dann wahrnehmen, wenn eine andere Person zur Übernahme des Amtes nicht bereit ist. <sup>2</sup>Der Unterbezirksvorstandsvorsitzende oder Mitglieder einer Doppelspitze des Unterbezirksvorstandes dürfen eine solche Tätigkeit nicht wahrnehmen.

(3) Wahlberechtigt zur Wahl nach Absatz 1 Satz 1 ist, wer Mitglied der Jusos Bochum ist.

(4) <sup>1</sup>Die Wahl erfolgt grundsätzlich geheim, unabhängig von der Anzahl an Kandidaten. <sup>2</sup>Die Wahl kann durch einstimmigen Beschluss öffentlich erfolgen. <sup>3</sup>Enthaltungen schaden der Einstimmigkeit eines solchen Beschlusses. <sup>4</sup>Ein solcher Beschluss kann,

wenn durch eine Unterbezirkskonferenz mehrere Personenwahlen durchzuführen sind, nur für die gesamte Unterbezirkskonferenz ergehen, nicht jedoch für individuelle Personenwahlen; erfasst die Gesamtheit aller Personenwahlen auf einer Unterbezirkskonferenz auch solche im Sinne des Satzes 5, so kann der Beschluss der Aufhebung der Geheimheit nur für alle Personenwahlen außer solche im Sinne des Satzes 5 ergehen, nicht jedoch für individuelle Personenwahlen. <sup>5</sup>Wahlen zu Tätigkeiten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 5 sind stets geheim.

(5) Im Übrigen gilt die Wahlordnung der SPD.

(6) <sup>1</sup>Eine Kandidatur für eine Personenwahl kann bis zur Eröffnung des entsprechenden Wahlganges erklärt werden. <sup>2</sup>Der Unterbezirksvorstand hat spätestens sieben Tage vor der Unterbezirkskonferenz an alle Jusos Bochum eine Übersicht derjenigen Ämter zu versenden, welche gewählt werden; diese Übersicht umfasst auch eine Erörterung der wesentlichen Eigenschaften der zu wählenden Ämter, insbesondere das inhaltliche Aufgabenfeld, die typischerweise mit der Tätigkeit verbundenen Aufgaben sowie die Art und Häufigkeit der Ausübung (Amtsübersicht). <sup>3</sup>Mit der Abgabe der Amtsübersicht wird die Möglichkeit eröffnet, sich durch formlose Mitteilung gegenüber einem der ordentlichen Unterbezirksvorstandsmitglieder zur Wahl aufstellen zu lassen; Maßgeblicher Zeitpunkt ist der Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung. <sup>4</sup>Die Vorschriften des Satzes 1 und 3 finden auch auf Mitglieder des Unterbezirksvorstandes Anwendung. <sup>5</sup>Ein Mitglied des Unterbezirksvorstandes hat seine Aufstellung zur Wahl fristgerecht durch formlosen Antrag wenigstens einem anderen ordentlichen Mitglied des Unterbezirksvorstandes mitzuteilen.

## **§ 5b Personenabwahl**

(1) Die Abwahl des Unterbezirksvorstandes oder eines seiner Mitglieder ist nur nach den Vorschriften des § 9 der Wahlordnung der SPD zulässig.

(2) <sup>1</sup>Nach der Abwahl des Unterbezirksvorstandes bleibt dieser geschäftsführend im Amt, bis ein neuer gewählt ist. <sup>2</sup>Die Neuwahl hat, außer in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2, auf einer anderen Unterbezirkskonferenz binnen eines Monats stattzufinden. <sup>3</sup>Der Termin dieser ist durch die Unterbezirkskonferenz zu beschließen.

(3) <sup>1</sup>Bei Abwahl oder Rücktritt (Ausscheiden) eines Unterbezirksvorstandsmitgliedes finden zeitnahe, längstens jedoch nach drei Monaten, Nachwahlen gemäß § 10 der Wahlordnung der SPD statt. <sup>2</sup>Die Amtszeit des nachgewählten Unterbezirksvorstandsmitgliedes endet mit dem ordentlichen Ende der Amtsperiode des Unterbezirksvorstandes.

(4) <sup>1</sup>Die Absicht, den Unterbezirksvorstand abzuwählen, muss diesem im Falle der ordentlichen Unterbezirkskonferenz spätestens vierzehn Tage vor der Unterbezirkskonferenz mitgeteilt werden. <sup>2</sup>Im Falle der außerordentlichen Unterbezirkskonferenz ist der Unterbezirksvorstand unverzüglich nach Kenntnisnahme von der Terminierung der Unterbezirkskonferenz über das

Abwahlbestreben zu unterrichten. <sup>3</sup>Der Unterbezirksvorstand hat unverzüglich nach Kenntnisnahme des Abwahlbestrebens alle Bochumer Jusos über das Abwahlvorhaben in Kenntnis zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass das Abwahlvorhaben aus der Tagesordnung eindeutig hervorgeht. <sup>4</sup>Der Unterbezirksvorstand darf die zur Durchführung des Abwahlverfahrens bestimmte außerordentliche Unterbezirkskonferenz frühestens drei Tage nach Bekanntmachung der Terminierung einberufen. <sup>5</sup>Satz 4 gilt nicht, wenn der Unterbezirksvorstand im Zeitpunkt der Bekanntmachung der Terminierung keine Kenntnis vom Abwahlvorhaben hatte.

## **§ 5c Entscheidungen von besonderer Bedeutung**

(1) <sup>1</sup>Entscheidungen, welche

1. Fragen über die Leitlinien der betriebenen Politik, was auch personalpolitische Fragen erfasst,
2. das Auftreten auf Vertreterversammlungen, insbesondere auf Parteitag und höheren Organisationsgremien,
3. eine Entschlussfassung über geplante Anträge,
4. wesentliche Fragen des Wahlkampfes, insbesondere über das (nicht-)Vertreten bestimmter Standpunkte sowie das Abweichen von Positionen oder Strategien der SPD, oder
5. öffentlichkeitswirksame Auftritte, welche ihrem Inhalt nach von vorhergehenden Auftritten erheblich abweichen oder wenn sie zur erheblichen Beeinflussung politischer Beziehungen geeignet erscheinen

zum Gegenstand haben, sind durch eine Unterbezirkskonferenz oder eine beschlussfähige Sitzung nach Aussprache zu treffen. <sup>2</sup>Der entsprechende Beschluss ist mit einfacher Mehrheit zu fassen. <sup>3</sup>Die Stimmabgabe erfolgt unter Aufhebung des Wahlgrundsatzes der Geheimheit der Wahl. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Unterbezirksvorsitzenden oder dessen Vertreters. <sup>5</sup>Duldet eine Entscheidung keinen Aufschub, so trifft der Unterbezirksvorstand eine vorläufige Entscheidung. <sup>6</sup>Eine Entscheidung der Unterbezirkskonferenz oder der beschlussfähigen Sitzung ist unverzüglich nachzuholen und ab dem Zeitpunkt des Beschlusses bindend.

(2) <sup>1</sup>Jedes Mitglied der Jusos Bochum kann formlos gegenüber einem ordentlichen Mitglied des Unterbezirksvorstandes eine Entscheidung in einer Sache nach Absatz 1 Satz 1 beantragen. <sup>2</sup>Wird ein solcher Antrag gestellt, ist durch den Vorstand eine Abstimmung in der Sache spätestens zwei Wochen nach Zugang des Antrages herbeizuführen, bei Vorliegen eines besonderen Grundes nach spätestens drei Wochen.

(3) Beschlüsse nach Absatz 1 binden den Unterbezirksvorstand.



## **§ 5d Verfahrensvorschriften für die Arbeitskreise**

(1) <sup>1</sup>Diese Vorschrift findet Anwendung auf die Arbeitskreise der Jusos Bochum. <sup>2</sup>Soweit diese Vorschrift anderes nicht festlegt, obliegt die nähere Ausgestaltung den Arbeitskreisen unter entsprechender Anwendung des Absatzes 3.

(2) <sup>1</sup>Der Arbeitskreis wählt einen Sprecher, welcher den Arbeitskreis innerhalb der Jusos Bochum vertritt und die Sitzungen leitet. <sup>2</sup>Gewählt ist, wer mehr Stimmen als jeder andere Kandidat auf sich vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom Hundert der Stimmen. <sup>3</sup>Die Wahl ist geheim, wenn nicht durch einstimmigen Beschluss des Plenums der Wegfall der Geheimheit beschlossen wird. <sup>4</sup>Enthaltungen schaden der Einstimmigkeit des Beschlusses. <sup>5</sup>Der Sprecher bleibt solange im Amte, bis dieser zurücktritt oder sich ein anderer Kandidat zur Wahl stellt, welcher mehr Stimmen als jeder andere Kandidat auf sich vereint, wenigstens aber fünfundzwanzig vom Hundert; der Sprecher bleibt längstens zwei Jahre im Amte, ohne dass eine erneute Wahl gemäß der Sätze 2 bis 4 notwendig wird. <sup>6</sup>Stellt sich ein anderer als der amtierende Sprecher zur Wahl, so hat dies durch formlosen Antrag dem amtierenden Sprecher gegenüber zu erfolgen. <sup>7</sup>Der amtierende Sprecher ist in einem solchen Falle verpflichtet, spätestens nach 30 Tagen eine Sitzung einzuberufen, welche zur Durchführung einer Wahl genutzt wird.

(3) <sup>1</sup>Entscheidungen in inhaltlichen Sachen haben demokratisch zu ergehen. <sup>2</sup>Sie werden jedenfalls durch die Gesamtheit derjenigen Mitglieder gefasst, welche in der entscheidenden Sitzung des Arbeitskreises anwesend sind (Plenum); eine Delegierung auf den Sprecher oder sonstige höhere Organe ist nicht statthaft. <sup>3</sup>Die nähere Ausgestaltung der Entscheidungsfindungsprozesse obliegt dem Arbeitskreis. <sup>4</sup>Legt dieser anderes nicht fest, entscheidet nach Aussprache die einfache Mehrheit durch nicht geheime Wahl; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Sprechers.

(4) <sup>1</sup>Entscheidungen in organisatorischen Sachen werden durch das Plenum oder den Sprecher getroffen. <sup>2</sup>Entscheidet das Plenum, so ist der Sprecher durch die Entscheidung des Plenums gebunden.

## **§ 6 Schlussbestimmungen**

(1) <sup>1</sup>Die Satzung tritt mit der Beschlussfassung durch die Unterbezirkskonferenz in Kraft. <sup>2</sup>Damit ist die bisherige Satzung ersetzt.

(2) Änderungen dieser Satzung können nur auf einer Unterbezirkskonferenz mit 2/3-Mehrheit verabschiedet werden.

Verabschiedet auf der Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum am 5. Juni 2021.

1 **Antrag Nr.: 1b**

2 **Betreff:** Änderungsantrag: Mehr Demokratie wagen

3 **Antragsteller\*in:** Julian Becker

4 **Adressat:** Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum

5

---

6

7 **I.**

8 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

9

10 1.

11 Der Antragstext unter 1. wird gestrichen.

12

13 2.

14 Der Antragstext unter 2. wird gestrichen.

15

16 3.

17 Der Antragstext unter 3. wird wie folgt geändert:

18 Der Satzungstext soll gem. § 4 Abs. 5.2 der Satzung um das Folgende ergänzt und geändert

19 werden:

20 **§ 4 Unterbezirkskonferenz**

21 (1) Die Unterbezirkskonferenz ist das oberste Beschlussorgan der Jusos Bochum. Sie findet  
22 ordentlich ~~einmal~~ **zweimal** jährlich statt.

23 [...]

24 5. Eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz hat innerhalb einer Frist von 14 Tagen  
25 stattzufinden:

26 - auf Beschluss der Unterbezirkskonferenz

27 - auf Beschluss des Unterbezirksvorstandes

28 - auf Antrag von mindestens ~~fünf Prozent~~ **fünfzehn Mitgliedern** der Bochumer Jusos.

29 [...]

30 **§ 5 Der Unterbezirksvorstand**

31 [...]

32 (4) Der Unterbezirksvorstand tagt mindestens einmal im Monat. **Die Tagesordnung der offenen**  
33 **Vorstandssitzungen ist in geeigneter Weise bekannt zu machen und zu Beginn jeder Sitzung**  
34 **zu verlesen. Jedes Mitglied der Jusos Bochum ist nach der Verlesung berechtigt, die**  
35 **Tagesordnung um weitere Punkte zu ergänzen.** Seine Sitzungen sind verbands- und  
36 parteiöffentlich. Auf Beschluss tagt der Unterbezirksvorstand in öffentlicher bzw.  
37 nichtöffentlicher Sitzung.

38 [...]

### 39 **§ 5a Plenumsentscheid**

40 (1) Auf Antrag des Unterbezirksvorstandes oder von mindestens zehn Mitgliedern der Jusos  
41 Bochum kann ein Plenumsentscheid durchgeführt werden. Stimmberechtigt sind alle  
42 Mitglieder der Jusos Bochum.

43 (2) Der Plenumsentscheid ist in der nächsten offenen Vorstandssitzung durchzuführen;  
44 zwischen Antragstellung und Durchführung muss ein Mindestabstand von einer Woche liegen.  
45 Der Entscheid ist in der Tagesordnung anzukündigen.

46 (3) Plenumsentscheide dienen der Entscheidung über einzelne, konkret abgegrenzte  
47 Angelegenheiten von praktischer Bedeutung. Grundsätzliche, organisatorische oder politisch  
48 richtungsweisende Entscheidungen bleiben der Unterbezirkskonferenz vorbehalten.

49 (4) Die durch Plenumsentscheid getroffenen Entscheidungen sind für den Vorstand bindend.

50

51 4.

52 Der Antragstext unter 4. wird gestrichen.

53

54 5.

55 Der Antragstext unter 5. wird gestrichen.

56

57 **II.**

### 58 **Begründung:**

59 1.

60 Die Wahlordnung der SPD trifft ausreichende Vorschriften, um eine demokratische Wahl zu  
61 gewährleisten.

62

63 2.

64 Arbeitskreise sind bei den Jusos Bochum als offenes und niedrigschwelliges Angebot gedacht, in  
65 dem sich Mitglieder mit gleichen thematischen Interessen austauschen und gemeinsam an  
66 Inhalten arbeiten können. Eine förmliche Organstellung von Arbeitskreisen ist in der bisherigen  
67 Struktur nicht vorgesehen und auch nicht notwendig.

68 Die vorgeschlagene Regelung ist zudem nicht geeignet, eine solche Organstellung sinnvoll zu  
69 regeln. Sie lässt offen, wie ein Arbeitskreis gegründet wird, wer Mitglied sein kann, wie  
70 eingeladen wird oder wie Entscheidungen zustande kommen. Damit fehlen zentrale Punkte, die  
71 für eine verbindliche Regelung erforderlich wären. Darüber hinaus erscheint eine künstliche  
72 Zersplitterung der Jusos in verschiedene Organe in Anbetracht der bereits vorgebrachten  
73 überschaubaren Anzahl an aktiven Mitgliedern nicht sinnvoll.

74 Arbeitskreise sollen vor allem dazu dienen, Themen stärker zu vertiefen, als es im Plenum  
75 möglich ist, und die erarbeiteten Ergebnisse anschließend in die Gremien einzubringen. Dafür  
76 braucht es flexible und einfache Strukturen. Eine zu starke Regulierung würde diesen Zweck  
77 eher behindern als fördern.

78 Soweit sich die Änderung auf die Hochschulgruppe bezieht, ist die Lage anders zu bewerten.  
79 Durch ihre Beteiligung an Wahlen sowie an Parlamenten und Gremien der Studierendenschaft  
80 hat sie eine gewisse Außenwirkung. Eine formale Regelung kann hier in bestimmten Punkten  
81 sinnvoll sein. Diese sollte jedoch gemeinsam mit dem Unterbezirksvorstand der SPD Bochum  
82 erarbeitet werden, um der Hochschulgruppe verbindliche Kompetenzen zuzuweisen.

83

84 3.

85 Die vorgeschlagene Änderung dient in erster Linie dazu, die dauerhafte Arbeitsfähigkeit der  
86 Jusos Bochum sicherzustellen. Der ursprüngliche Antrag hätte durch die Einführung eines  
87 zusätzlichen Gremiums zu einem unklaren Nebeneinander von Zuständigkeiten geführt.  
88 Besonders kritisch war dabei, dass die Einberufung einer sogenannten „beschlussfähigen  
89 Sitzung“ bereits auf Antrag eines einzelnen Mitglieds möglich gewesen wäre – und zwar ohne  
90 ausreichende Schutzmechanismen. Damit hätte die konkrete Gefahr bestanden, dass einzelne  
91 Mitglieder die politische Arbeit blockieren oder lähmen können.

92 In Verbindung mit den sehr kurzen Antrags- und Einberufungsfristen hätte dies sowohl die  
93 planbare, langfristige politische Arbeit erheblich erschwert als auch einen Arbeitsaufwand  
94 erzeugt, der durch ehrenamtlich Engagierte kaum noch zu bewältigen gewesen wäre.

95 Die nun vorgeschlagenen Änderungen greifen diese Kritikpunkte auf und sorgen für klare  
96 Zuständigkeiten: Die Unterbezirkskonferenz legt die politische Grundrichtung fest, der gewählte  
97 Vorstand führt die laufenden Geschäfte. Gleichzeitig wird die Mitwirkung einzelner Mitglieder  
98 gestärkt. Einzelne Mitglieder können verbindlich Themen auf die Tagesordnung setzen, um so  
99 thematische Impulse zu setzen. Gruppen von mindestens zehn Mitgliedern können – dieses  
100 Quorum ist bewusst gewählt – in politischen Einzelfragen verbindliche Abstimmungen  
101 herbeiführen und so den Vorstand im Streitfall überstimmen.

102 Zudem wird die Anzahl der ordentlichen Unterbezirkskonferenzen erhöht und die Hürden für die  
103 Einberufung einer außerordentlichen Unterbezirkskonferenz gesenkt. Dadurch erhalten die

104 Mitglieder insgesamt häufigere und stärkere Einflussmöglichkeiten auf die politischen  
105 Grundrichtungen der Jusos Bochum.

106 Der Änderungsantrag trägt damit sowohl der notwendigen Stabilität und Arbeitsfähigkeit der  
107 Organisation Rechnung als auch dem berechtigten Anspruch der Mitglieder auf erweiterte  
108 Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte.

109

110 4.

111 Die Wahlordnung der SPD trifft ausreichende Vorschriften, um eine demokratische Abwahl zu  
112 gewährleisten.

113

114 5.

115 Die vorgeschlagenen Änderungen sind in das Geflecht der Richtlinien der Jusos Bochum bereits  
116 eingebunden.

1 **Antrag Nr.: 2**

2 **Betreff:** Redezeiten

3 **Antragsteller\*in:** Adam Di Sabatino

4 **Adressat:** Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum

5

---

6

7 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:**

8 § 5 abs. 4 Der Unterbezirksvorstand wird wie folgt ergänzt:

9 a) Der Unterbezirksvorstand tagt mindestens einmal im Monat. Seine Sitzungen sind  
10 verbands- und parteiöffentlich. Auf Beschluss tagt der Unterbezirksvorstand in  
11 öffentlicher bzw. nichtöffentlicher Sitzung.

12 **b) „In offenen Vorstandssitzungen/Tagungen sind Redebeiträge auf maximal drei  
13 Minuten pro ordentlichen Beitrag begrenzt, sofern nicht zu Beginn der Sitzung eine  
14 abweichende Regelung beschlossen wird.**

15 **c) Die Sitzungsleitung achtet darauf, dass niemand das Gespräch durch überlange  
16 bzw. wiederholende Beiträge dominiert. Wird die Redezeit überschritten, kann dies  
17 durch ein Handzeichen angezeigt werden.**

18 **d) Wortbeiträge von FINTA\* Personen werden in der Redeliste nach vorne quotiert.“**

19

20 **Begründung:**

21 Offene Vorstandssitzungen leben von einer fairen, inklusiven und respektvollen  
22 Diskussionskultur. Eine Begrenzung der Redezeit schafft Raum für mehr Beteiligung und  
23 Struktur. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass auch jene Stimmen Gehör finden,  
24 die in politischen Gremien oft unterrepräsentiert sind. Dieses Vorgehen stärkt die  
25 demokratische Kultur der Jusos Bochum und fördert eine lebendige politische  
26 Beteiligung. Um eine faire und vielfältige Diskussion zu ermöglichen, soll bei weiteren  
27 Redebeiträgen darauf geachtet werden, dass insbesondere unterrepräsentierte  
28 Gruppen verstärkt zu Wort kommen.

1 **Antrag Nr.: 3**

2 **Betreff:** Arbeitsprogramm der Jusos Bochum

3 **Antragsteller\*in:** Julian Becker

4 **Adressat:** Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum

5

6

7 **I. Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum möge folgendes Arbeitsprogramm**  
8 **beschließen:**

9 **Arbeitsprogramm der Jusos Bochum 2025–2027**

10 ***„Bochum bleibt jung, gerecht und solidarisch.“***

11 **1. Wir schauen auf Bochum – und bringen Bochum voran**

12 Bochum steht vor großen Herausforderungen, aber auch vor enormen Chancen. Wir  
13 Jusos Bochum wollen in den kommenden zwei Jahren noch deutlicher zeigen: Unsere  
14 Politik beginnt vor Ort. Wir setzen uns für eine solidarische Stadt ein, die jungen  
15 Menschen Perspektiven eröffnet, soziale Sicherheit stärkt und klimafreundliche  
16 Mobilität ermöglicht. Dabei wollen wir nicht nur Forderungen formulieren, sondern aktiv  
17 die politischen Prozesse in Bochum mitgestalten.

18 Ein besonderer Schwerpunkt bleibt die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs.  
19 Wir wollen eine Stadt, in der Mobilität kein Privileg ist, sondern ein grundlegendes  
20 Element sozialer Teilhabe. Takte müssen dichter, Verbindungen zuverlässiger und Preise  
21 sozialer werden. Bochums Mobilitätswende muss Fahrt aufnehmen – nicht  
22 perspektivisch, sondern spürbar und konkret.

23 **2. Bochum – die Stadt der Auszubildenden**

24 **a) Azubis im Mittelpunkt unserer Arbeit**

25 Die Jusos Bochum müssen wieder *die* politische Heimat für Auszubildende werden.  
26 Viele junge Menschen in der dualen Ausbildung fühlen sich politisch kaum vertreten –  
27 weder von der Stadt, noch von Jugendverbänden, noch innerhalb der SPD. Das wollen  
28 wir ändern. Wir stellen die Lebensrealitäten der Azubis ins Zentrum unseres  
29 Arbeitsprogramms.

30 Azubis tragen Bochum: Sie halten Kliniken am Laufen, sichern Fachkräfte für Industrie  
31 und Handwerk, stärken soziale Einrichtungen und gestalten unsere Verwaltung der  
32 Zukunft. Trotzdem kämpfen sie mit hohen Lebenshaltungskosten, schlechter ÖPNV-  
33 Anbindung, unsicheren Übernahmechancen und teils mangelnder Ausbildungsqualität.  
34 Wir wollen diese Probleme sichtbar machen – und politisch anpacken.

## 35 **b) Ausbildungsqualität stärken**

36 Wir setzen uns dafür ein, dass Bochumer Ausbildungsbetriebe konsequent auf Qualität  
37 setzen:

- 38 • verlässliche Ausbildungspläne
- 39 • tarifgebundene Vergütungen
- 40 • moderne Ausstattung der Berufskollegs
- 41 • starke Jugend- und Auszubildendenvertretungen
- 42 • konsequente Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorgaben
- 43 • nachhaltige Ausbildungskonzepte

## 44 **c) Ein starkes Azubi-Netzwerk – von uns initiiert**

45 Wir wollen ein „Azubi-Netzwerk Bochum“ aufbauen mit regelmäßigen Treffen,  
46 Workshops, Aktionen und Unterstützungsangeboten. Es soll ein Ort sein, an dem  
47 Auszubildende politisch sichtbar und handlungsfähig werden.

48 Das Azubiwohnheim – unsere Aufgabe ist die Umsetzung

49 Das Azubiwohnheim ist SPD-Beschlusslage. Für uns Jusos bedeutet das:

- 50 • Umsetzungsdruck erhöhen
- 51 • Planungs- und Standortprozesse begleiten
- 52 • Fördermittel prüfen lassen
- 53 • Konzeptentwicklung politisch begleiten
- 54 • öffentlich Druck machen, damit es gebaut wird

55 Wir wollen, dass es Realität wird.

## 56 **d) Jusos als Stimme der Ausbildungspolitik**

57 Wir führen dazu regelmäßige Gespräche mit IHK, HWK, Berufskollegs, Gewerkschaften,  
58 JAVis, der Verwaltung und Betrieben. Wer in Bochum über Ausbildung spricht, soll die  
59 Jusos einbeziehen.

## 60 **3. Studierende in Bochum**

61 Bochum bleibt eine vielfältige Hochschulstadt. Wir setzen uns ein für:

- 62 • bezahlbaren Wohnraum
- 63 • bessere Anbindung der Hochschulen an die Stadt
- 64 • sichere Radwege



- stärkere Einbindung studentischer Initiativen

Studierendenpolitik ist für uns Teil moderner, junger Stadtentwicklung.

#### **4. Feminismus stärken – Bochum gerecht machen**

Für uns Jusos Bochum ist klar: Eine gerechte Stadt entsteht nur durch konsequent feministische Politik. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen\*, queere Menschen und alle, die von patriarchalen Strukturen betroffen sind, sicher, selbstbestimmt und frei leben können. Dazu gehören:

- Kampf gegen Gewalt an Frauen\* und queeren Menschen
- sichere Wege und öffentliche Räume
- Stärkung feministischer Beratungs- und Schutzstrukturen
- Unterstützung für Frauenhaus, Mädchen\*arbeit und queere Jugendarbeit
- gleiche Chancen in Ausbildung und Beruf
- gerechte Verteilung von Care-Arbeit und faire Löhne

Feminismus ist kein Nebenthema, sondern Querschnittsaufgabe. Wir tragen feministische Positionen selbstbewusst in die SPD Bochum und in die kommunale Politik.

#### **5. Innerparteiliche Ziele – Wir mischen uns ein**

Die Jusos Bochum wollen die SPD Bochum nicht nur begleiten – wir wollen sie *mitgestalten*. Und zwar aktiv, sichtbar und strukturiert. „**Wir mischen uns ein**“ ist für uns Anspruch und Arbeitsweise zugleich.

##### **a) Junge Menschen in der SPD stärken**

In vielen Ortsvereinen sind junge Menschen kaum vertreten. Das ist nicht nur ein strukturelles Problem, sondern auch eine verpasste Chance für die Partei. Wir wollen:

- junge Menschen motivieren, in Ortsvereine einzutreten
- neue Mitglieder aktiv begleiten
- dafür sorgen, dass junge Stimmen ernst genommen werden
- OV- und Stadtbezirkssitzungen für junge Mitglieder zugänglicher machen

Junge Menschen gehören nicht an den Rand – sie gehören ins Zentrum der Parteiarbeit.

##### **b) Jugendvertretungsstrukturen in der SPD Bochum aufbauen**

Wir wollen verbindliche Strukturen, die sicherstellen, dass junge Perspektiven immer eingebunden sind. Dazu fordern wir:

- 96 • Jugendsprecher\*innen in jedem Stadtbezirk
  - 97 • feste Ansprechpartner\*innen für Juso-Themen in jedem Ortsverein
  - 98 • regelmäßige Austauschformate zwischen Jusos, Bezirken und OVs
  - 99 • Beteiligungsrechte bei programmatischen Prozessen
- 100 Eine moderne SPD Bochum braucht eine starke Jugendarbeit – verlässlich, strukturiert  
101 und ernstgemeint.
- 102 **c) Aktive Teilhabe in Gremien und Debatten**
- 103 Wir wollen:
- 104 • mehr Präsenz in Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und  
105 Unterbezirksstrukturen
  - 106 • eigene inhaltliche Impulse setzen
  - 107 • junge Mitglieder auf Funktionen und Mandate vorbereiten
  - 108 • kommunalpolitische Diskussionen aktiv mitgestalten
  - 109 • in Wahlkämpfen sichtbare Verantwortung übernehmen
- 110 Wir verstehen uns als Motor für eine erneuerte, progressive SPD Bochum.
- 111 **6. Schlusswort**
- 112 Unser Anspruch ist klar:
- 113 **Bochum soll jung bleiben, gerecht bleiben und solidarisch bleiben – und wir Jusos**  
114 **werden alles dafür tun, dass es gelingt.**
- 115 Wir engagieren uns dort, wo junge Menschen leben, arbeiten und lernen: in Ausbildung,  
116 Studium, Stadtpolitik und der SPD selbst. Die Jahre 2025–2027 sollen zeigen, dass wir  
117 Jusos nicht nur Zukunft sind, sondern Gegenwart – eine gestaltende Kraft für ein  
118 progressives Bochum.
- 119 **II. Begründung:**
- 120 Erfolgt mündlich.

1 **Antrag Nr.: 4**

2 **Betreff:** Bochum braucht eine Innenstadtmensa – bezahlbar, zentral, für alle jungen  
3 Menschen!

4 **Antragsteller\*in:** Julian Becker

5 **Adressat:** Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum, SPD Bochum, SPD-Ratsfraktion  
6 Bochum

7

---

8

9 **I. Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Bochum möge beschließen:**

10 Die Jusos Bochum setzen sich dafür ein, dass in der Bochumer Innenstadt eine  
11 öffentliche, sozialpreisliche Innenstadtmensa entsteht.

12 Die Mensa soll jungen Menschen – insbesondere Auszubildenden, Schüler\*innen und  
13 Studierenden – eine bezahlbare, gesunde und zentral gelegene Verpflegungsmöglichkeit  
14 bieten.

15 Wir fordern die SPD Bochum und die SPD-Ratsfraktion auf,

16 1. **ein Konzept für die Einrichtung einer Innenstadtmensa zu entwickeln,**  
17 das aufzeigt, welche Standorte, Trägerformen und Finanzierungsmodelle sich für  
18 Bochum eignen;

19 2. **eine Machbarkeitsstudie** unter Beteiligung der lokalen Wirtschaft, der IHK, der  
20 HWK, der Schulen, der Jugendverbände und des Studierendenwerks zu  
21 erarbeiten;

22 3. **die Wirtschaftsentwicklung Bochum** in die Standortsuche einzubeziehen, um  
23 zentrale Innenstadtlagen zu prüfen und mit Leerstands-Management,  
24 Fördermitteln und Kooperationen eine Realisierung zu erleichtern;

25 4. **soziale Preisgestaltung** sicherzustellen, sodass Auszubildende, Schüler\*innen  
26 und Studierende deutlich vergünstigte Preise erhalten;

27 5. **Modellprojekte und Förderprogramme von Land, Bund und EU** zu prüfen, um  
28 Errichtung und Betrieb finanziell abzusichern;

29 6. **die Möglichkeit einer Mehrfachnutzung** (z. B. für Empfänge,  
30 Jugendveranstaltungen oder abendliche Angebote in Zusammenarbeit mit  
31 privaten Betreiber\*innen) von Anfang an mitzudenken.

32 **II. Begründung:**

33 Bochum ist jung – und Bochum wächst. Was aber fehlt, ist ein Ort, der jungen Menschen  
34 mitten in unserer Stadt signalisiert:

35 **Ihr gehört hierher. Eure Ausbildung ist uns etwas wert. Eure Teilhabe ist keine**  
36 **Nebensache.**

37 Während Studierende auf dem Campus seit Jahrzehnten Mensen haben, bleibt die  
38 riesige Gruppe der Auszubildenden in unserer Stadt weitgehend außen vor. Gerade sie  
39 sind es, die oft weniger verdienen, unterschiedliche Schichtmodelle haben und sich  
40 trotzdem gesund, bezahlbar und würdevoll versorgen müssen.

41 Und ja: In einer Stadt wie Bochum, die stolz auf ihre Ausbildungsbetriebe, ihre  
42 Handwerksbetriebe, ihre kaufmännische Tradition und ihre moderne  
43 Dienstleistungslandschaft ist, darf genau diese Gruppe nicht vergessen werden.

44 Eine Innenstadtmena wäre mehr als nur ein Ort für Mittagessen.

45 Sie wäre ein sozialer Ankerpunkt, ein Signal der Wertschätzung, ein Raum der  
46 Begegnung – für Azubis, Schüler\*innen, Studierende, junge Beschäftigte, für alle, die  
47 Bochums Zukunft ausmachen.

48 Sie würde Leerstand entgegenwirken, die Innenstadt beleben und ein starkes Zeichen  
49 dafür setzen, dass Bochum nicht nur in Beton investiert, sondern in Menschen.

50 Wir Jusos stehen für eine Stadt, die nicht zuschaut, wenn junge Menschen an  
51 steigenden Preisen scheitern.

52 Wir stehen für eine Politik, die Zugänge schafft statt Hürden aufzubauen.

53 Wir stehen für ein Bochum, das Mut zeigt – Mut, Neues zu wagen, Mut, soziale  
54 Infrastruktur zu stärken, Mut, an die Jugend zu glauben.

55 Eine Innenstadtmena kann durch kluge Kooperationen, Förderprogramme und  
56 Partnerschaften finanziell tragfähig sein. Sie kann mehrere Nutzungen ermöglichen,  
57 abends auch als Café oder Begegnungsort dienen, und sie kann mit der örtlichen  
58 Wirtschaft gemeinsam gedacht werden.

59 Es geht nicht darum, Gastronomie zu verdrängen – es geht darum, sozialpolitisch eine  
60 Lücke zu schließen, die längst offensichtlich ist.

61 Bochum hat immer dann gewonnen, wenn es mutig war.

62 Wenn Verwaltung, Politik, Gewerkschaften und Jugend zusammengehen, ist die  
63 Innenstadtmena keine Utopie – sie ist ein Projekt für die nächsten Jahre, ein Baustein  
64 für ein junges, soziales und gerechtes Bochum.

65 Darum kämpfen wir dafür.

66 **Für eine Stadt, die niemanden zurücklässt.**

67 **Für ein Bochum, das seinen jungen Menschen etwas zutraut.**

68 **Für eine Innenstadtmena!**